

DIE NOVEMBERREVOLUTION IN DEUTSCHLAND 1918



Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum der AbsenderIn bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Broschüre der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der AbsenderIn unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Impressum

Verantwortliche im Sinne des Presserechts:
Jana Lieb, Rotebühlstr. 2, 70180 Stuttgart
Kontakt: Bitte ausschließlich per Mail an
mail@perspektive-kommunismus.org
www.perspektive-kommunismus.org

**„SPARTAKUS NIEDERGERUNGEN! O GEMACH!
WIR SIND NICHT GEFLOHEN, WIR SIND NICHT GESCHLAGEN.
UND WENN SIE UNS IN BANDE WERFEN – WIR SIND DA, UND WIR BLEIBEN DA!
UND DER SIEG WIRD UNSER SEIN. DENN SPARTAKUS – DAS HEIßT FEUER UND GEIST,
DAS HEIßT SEELE UND HERZ, DAS HEIßT WILLE UND TAT DER REVOLUTION DES PROLETARIATS...
DENN SPARTAKUS, DAS HEIßT SOZIALISMUS UND WELTREVOLUTION...
NOCH IST DER GOLGATHAWEG DER DEUTSCHEN ARBEITERKLASSE NICHT BEENDET...
ABER UNSER SCHIFF ZIEHT SEINEN GERADEN KURS FEST UND STOLZ DAHIN BIS ZUM ZIEL.
OB WIR DANN NOCH LEBEN WERDEN, WENN ES ERREICHT WIRD – LEBEN WIR UNSER PROGRAMM;
ES WIRD DIE WELT DER ERLÖSTEN MENSCHHEIT BEHERRSCHEN.
TROTZ ALLEDDEM!“**

(KARL LIEBKNECHT)

INHALT

1. DIE GESCHICHTE VON UNTEN SCHREIBEN!

08

1.1 Der Kampf um Geschichte und Geschichtsschreibung | 1.2 Der historische Materialismus | 1.3 „Die Geschichte ist der einzig wahre Lehrmeister, die Revolution die beste Schule des Proletariats.“

2. DER 1. WELTKRIEG 1914-1918 UND DIE REVOLUTIONÄRE LINKE IN DEUTSCHLAND

15

2.1 „Friede den Hütten, Krieg den Palästen!“ (August Bebel, 1871) | 2.2 Der ökonomische Hintergrund des 1. Weltkriegs | 2.3 Die SPD: Von einer Kampf- zu einer Reformpartei | 2.4 „Wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich“- Die SPD sagt ja zum Krieg | 2.5 Die Spaltung der ArbeiterInnenbewegung | 2.6 „Die Dividenden steigen, die Proletarier fallen!“ (Rosa Luxemburg) | 2.7 Der Zusammenbruch der 2. Internationale und die Zimmerwalder Linke | 2.8 Das Jahr 1917- Vorboten der Novemberrevolution und Oktoberrevolution in Russland | 2.9 „Der Hauptfeind steht im eigenen Land!“- Der Spartakusbund entsteht | 2.10 Der Januarstreik 1918 | 2.11 Am Vorabend der Novemberrevolution | 2.12 Parlamentarische Monarchie als Ausweg der herrschenden Klasse

3. DIE TAGE DER REVOLUTION

22

3.1 Der Ausbruch der Revolution | 3.2 Zähes Ringen in der Hauptstadt | 3.3 Der 9. November – Die Revolution in Berlin

4. DAS RINGEN UM DIE KÜNFTIGE POLITISCHE ORDNUNG IM WINTER 1918/19 – ZWISCHEN REVOLUTION UND KONTERREVOLUTION

30

4.1 Weichenstellungen nach der Revolution – die Versammlung im Zirkus Busch und die Bestätigung der Sozialistischen Regierung | 4.2 Räte- macht oder Nationalversammlung – die Konterrevolution am Werk | 4.3 Der Reichs- rätekongress | 4.4 Blutweihnachten | 4.5 Die Gründung der KPD | 4.6 Der Ja- nuaraufstand | 4.7 Die Wahlen zur Nationalversammlung | 4.8 Warum konnte die MSPD so erfolgreich sein? | 4.9 Trotz Alledem!

5. POLITISCHE BEWERTUNG

42

5.1 Vergleich mit der russischen Revolution | 5.2 Charakter der Revolution | 5.3 Der Anspruch der Revolution und das Bewusstsein der Massen | 5.4 Zur Frage der Organisation | 5.5 Fazit



1. DIE GESCHICHTE VON UNTEN SCHREIBEN!

Die Geschichte der Gesellschaften ist kein Museumsraum, in dem Ausstellungsstücke der Vergangenheit präsentiert werden, sie ist niemals neutral und endet nicht mit einem abgeschlossenen Rundgang. Wer heute die Deutung der Vergangenheit beherrscht, errichtet damit zugleich eine Basis für zukünftige Entwicklungen. Wir widmen uns in dieser Broschüre zum 100. Jahrestag der Novemberrevolution einem bedeutenden Teil revolutionärer Geschichte und versuchen die Ereignisse sowohl in ihrer Vielschichtigkeit zu begreifen, als auch für uns einzuordnen. Die Novemberrevolution ist ein Meilenstein in der deutschen Geschichte, mit dem sich einige wichtige Erkenntnisse sowohl über die bürgerlichen Kräfte in Deutschland, als auch über die Notwendigkeiten und Voraussetzungen einer revolutionären Bewegung verbinden. Vor der genaueren Betrachtung der Ereignisse um den November 1918, möchten wir in diesem Text aber unser grundlegendes Verhältnis zur Geschichte erklären. Der Geschichte derjenigen, die der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ein Ende setzen wollen und können. Einer Geschichte, die wir selbst schreiben müssen, aus der wir zu lernen haben, die uns Verantwortung und ein reichhaltiges Erbe überträgt. Friedrich Engels hat einmal geschrieben: „Sind wir einmal geschlagen, so haben wir nichts anderes zu tun, als wieder von vorn anzufangen!“. In diesem Sinne verstehen wir uns in der Tradition vieler revolutionärer Neuanfänge, die heute unser unabdingbares Gepäck im Kampf für eine kommunistische Gesellschaft sind.

1.1 Der Kampf um Geschichte und Geschichtsschreibung

In der Schule, Medien und Öffentlichkeit wird ständig behauptet, dass es keine Alternative zu den bestehenden Verhältnissen gäbe und dass alle historisch aufgetretenen Gegenwürfe gescheitert seien. Kommunismus wird mal als nette Utopie abgetan, die aber leider sowieso nicht machbar sei, mal als wahnwitziger diktatorischer Versuch, alles und jeden gleichzuschalten. Was bleibt? Eine Politik, die sich immer in den Zwängen der kapitalistischen Profitjagd bewegt. Dass diese Gesellschaftsordnung alles andere als stabil ist, dass

sie weltweite Krisen, Kriege, politisches Chaos und Armut produziert, dass 60 Millionen Menschen über den Globus irren, weil ihre Lebensgrundlagen zerstört werden und doch nirgends ankommen können, weil sie nicht in die Verwertungsordnung passen, interessiert in dieser Logik nicht. Für die herrschende Klasse zählt der Zusammenbruch der realsozialistischen Staaten und das Ende des sogenannten Kalten Krieges als „Ende der Geschichte“¹. Mit dem omnipräsenten Märchen vom Kapitalismus als letzter und bestmöglicher Gesellschaftsordnung soll den Menschen jede Basis zur Veränderung der Verhältnisse entzogen werden. Die Auseinandersetzung mit gewesenen und möglichen Alternativen wird bestenfalls als sinnlos, im schlechteren Fall als gefährlich eingestuft, weil es ja doch nur schlimmer werden könne. Die Bestimmung und Interpretation der Geschichte dient als Herrschaftsinstrument. Sie bestimmt welcher Widerstand in welcher Situation legitim ist und wo er unvertretbar wird, sie definiert das Wertesystem von Gesellschaften und beeinflusst das Verständnis von Moral und Ethik. Und das ist nicht erst seit gestern so, Geschichtsschreibung wurde bereits sehr früh von den Pharaonen als Herrschaftsinstrument für die Unterdrückung und Befriedung der größten Teile der Bevölkerung entdeckt und von chinesischen Kaisern, aztekischen Herrschern, mittelalterlichen Despoten, deutschen Faschisten, wie auch den bürgerlichen Politikern durch alle Zeiten als solches genutzt².

Insbesondere Institutionen wie Schulen und Universitäten sind zentrale Orte, an denen das herrschende Geschichtsbild in den Köpfen verankert wird. Abgesehen von der sozialen Ungleichheit, die dieses Bildungssystem immer wieder reproduziert, wird in seinen Institutionen ein Geschichts- und Gesellschaftsbild vermittelt, in dem die Interessen der besitzenden und verwaltenden Klasse im modernen Kapitalismus diejenigen der gesamten Gesellschaft seien. Dieses „Wissen“ ist alles andere als eine Einladung zum kritischen und mündigen Denken: Es wird von einer Bürgergesellschaft erzählt, die aus allen Erfahrungen und Widersprüchen der Vergangenheit gelernt habe, die besten Traditionen fortführe und heute auf

Augenhöhe demokratische Entscheidungen träge. Das besitzende Bürgertum wird als rundum fortschrittliche Klasse dargestellt, die den Feudalismus niedrigerungen habe und, mit einigen Fehlritten hier und da, eine Welt der Freiheit und Gleichheit geschaffen habe.

Diffamierung und Verschweigen revolutionärer Geschichte dient also der Aufrechterhaltung der bestehenden Verhältnisse. Gegenentwürfe zur herrschenden Ordnung aus der Klasse der Ausgebeuteten haben in den bürgerlichen Erzählungen keine Legitimation. Sie werden als verbrecherisch, verwerflich oder einfach als unfähig abgestempelt. Die herrschende Klasse muss aus ihrer Sicht verhindern, dass eine positive Bezugnahme auf die revolutionären Subjekte in der Geschichte stattfindet. Und vor allem darf ihr Handeln nicht in Bezug zur aktuellen Situation gesetzt und als Handlungsoption verstanden werden. Die Überwindung von Parlamenten durch Räte der ArbeiterInnen? Soldaten, die ihre Gewehre umdrehen und gegen die eigene Regierung richten? Das darf nicht sein, also dürfen auch bestimmte geschichtliche Akteure keine Bedeutung haben.

Die bürgerliche Geschichtsschreibung besteht aus einem Sammelsurium an Theorien, die sich teils widersprechen, teils ineinander übergehen. Mal sind es große Staatsmänner, mal Kulturen oder Philosophien, die die Geschichte bestimmen, mal stehen Geschlechterrollen, mal steht der wissenschaftliche Fortschritt im Vordergrund. Und sicherlich beziehen auch ernstzunehmende bürgerliche HistorikerInnen die Widersprüchlichkeit der Produktionsverhältnisse in ihre Arbeiten mit ein. Was alle Formen dieser Geschichtsschreibung aber eint, ist ein fehlendes Verständnis für die Strukturen und Gesetze der Gesellschaftsgeschichte. Diese zu verstehen bedeutet eben auch, die folgenreichen Bruchlinien zwischen den sozialen Klassen von Gesellschaften, die revolutionären Interessen und Potenziale von Teilen der Gesellschaften zu sehen und zu begreifen. Kurz: Zu verstehen, dass die bewusst handelnde Masse der Ausgebeuteten und Unterdrückten die Menschheitsgeschichte beeinflussen kann. Sicherlich ist die bürgerliche Geschichts-

schreibung nicht der einzige Grund dafür, dass davon heute und hier kaum etwas zu spüren ist. Eines der wirksamsten gesellschaftlichen Beruhigungsmittel, das jede Hoffnung auf Verbesserungen der sozialen Lage aufs Jenseits verschiebt, sind z.B. religiöse Ideologien. Nicht zuletzt ist es schlicht die Fokussierung auf die eigene kleine Lebenswelt mit der große Teile der Gesellschaft den aufbrechenden Widersprüchen des Kapitalismus zu entgehen versuchen.

1.2 Der historische Materialismus

Doch „Geschichte“ - Was ist das überhaupt? Zunächst eine Abfolge von Ereignissen, die zu unserem jetzigen Leben führten. Geschichte beschreibt, wie wir wurden, was wir sind.

Die Menschheitsgeschichte wurde nicht durch den Zufall gelenkt, nicht durch Ideen oder gar einen Gott. Die Entwicklung der menschlichen Gesellschaften folgte und folgt bestimmten Gesetzmäßigkeiten, die in den Gesellschaften selbst zu finden sind. Neben vielen Pflöcken, die Marx und Engels auf philosophischem, ökonomischem und politischem Terrain einschlugen, war eines ihrer bedeutendsten Werke die Ausarbeitung und Beschreibung einer Geschichtsauffassung, die auf dem gesellschaftlichen Handeln der Menschen selbst aufbaut, des sogenannten historischen Materialismus. Dieser beschreibt die Entwicklungsgesetze des Werdens, Fortschreitens und der Veränderungen der menschlichen Gesellschaft.

Grundlegend für ein materialistisches Verständnis der Menschheitsgeschichte ist die Feststellung, dass Menschen nur durch gemeinsame Anstrengungen überleben und sich entwickeln können. Die Grundlage, auf der alle gesellschaftlichen Erscheinungen beruhen, ist die Produktion und die Verteilung der Produkte. Immer wieder stattfindende Veränderungen und Weiterentwicklungen der Produktivkräfte (Werkzeuge, Maschinen, Infrastruktur, Kompetenzen, Arbeitsabläufe) bedingen Veränderungen der gesamten Produktionsverhältnisse. Produktionsverhältnisse, das sind die Gesamtheit der Beziehungen, die die Menschen einer Gesellschaft zueinander eingehen, um zu produzieren und zu verteilen. Im Kapitalismus etwa sind die Produktionsverhältnisse

dadurch bestimmt, dass die Klasse der Kapitalisten samt ihrer hohen Verwaltung über die Produktionsmittel – inklusive der menschlichen Arbeitskraft – verfügt, während der größte Teil der Gesellschaft durch Lohnarbeit zwar die eigentlich produktiven Tätigkeiten vollbringt, von der Kontrolle über den geschaffenen Reichtum aber ausgeschlossen bleibt. Diese Art der gesellschaftlichen Produktion, der Möglichkeiten menschlicher Bedürfnisbefriedigung und Weiterentwicklung, wirkt sich auf weitere gesellschaftliche und historisch gewordene Bereiche wie Kultur, Politik, Wissenschaft und Philosophie aus. Die Fortschritte und Entwicklungen, die in diesen Bereichen gemacht werden, sind von den Produktionsverhältnissen, unter denen sie entstanden sind, geprägt. Sie wirken aber auch zurück auf die weitere Entwicklung der ökonomischen Basis und können dieser zeitweise auch vorauslaufen.

Engels skizzierte die wissenschaftliche Erklärung des historischen Materialismus in seiner Schrift „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“:

„Die materialistische Anschauung der Geschichte geht von dem Satz aus, dass die Produktion und nächst der Produktion der Austausch ihrer Produkte, die Grundlage aller Gesellschaftsordnung ist; dass in jeder geschichtlich auftretenden Gesellschaft die Verteilung der Produkte, und mit ihr die soziale Gliederung in Klassen oder Stände, sich danach richtet, was und wie produziert und wie das Produzierte ausgetauscht wird. Hiernach sind die letzten Ursachen aller gesellschaftlicher Veränderungen zu suchen [...] in der Veränderung der Produktions- und Austauschweise; sie sind zu suchen nicht in der Philosophie, sondern in der Ökonomie der betreffenden Epoche.“¹³

In der Entwicklung der Menschheitsgeschichte löst also eine Gesellschaftsformation die andere ab. In groben Zügen kann man die folgende Abfolge erkennen: Urgesellschaft – Sklavenhaltergesellschaft – Feudalgesellschaft – kapitalistische Gesellschaft. Eine auf den Kapitalismus folgende Gesellschaftsform, die sich aus den Möglichkeiten der technischen, wissenschaftli-

chen und organisatorischen Weiterentwicklungen, aber gerade auch aus den Widersprüchen zwischen Herrschenden und Ausgebeuteten entwickeln lässt, ist der Sozialismus. Mit ihm ist die Entwicklung hin zu einer von Klassen befreiten Gesellschaft, in der die Versorgung der Menschen, die Befriedigung ihrer materiellen und sozialen Bedürfnisse und die Möglichkeiten ihrer Entfaltung durch kollektive und selbstbestimmte Anstrengungen selbst in die Hand genommen werden können, keine reine Utopie mehr, sondern eine geschichtliche Möglichkeit mit objektiv gegebenen Voraussetzungen.

Mit dem historischen Materialismus lässt sich die allgemeine Tendenz der Gesellschaftsgeschichte herausarbeiten und erklären. Es gibt jedoch kein automatisches, mechanisches Fortschreiten. Die Entwicklungen gehen in verschiedenen Regionen der Erde mit sehr unterschiedlichen Geschwindigkeiten voran. Es gibt Schübe, in denen sich Geschichte rasend schnell entwickelt, es gibt Entwicklungssprünge, große Rückschläge und Jahrhunderte, in denen Gesellschaften verkrusten und die geschichtliche Entwicklung still zu stehen scheint. Die menschliche Geschichte im Gesamten verharrt jedoch nicht auf der Stelle. Durch Entwicklungen der Produktivkräfte im Produktionsprozess bleibt sie ständig in Bewegung, entwickelt sich. Auf einer bestimmten Entwicklungsstufe geraten die voranschreitenden Produktivkräfte in Konflikt mit den althergebrachten Produktionsverhältnissen - die bestehenden Formen der Produktion und Verteilung sind nicht mehr in der Lage die neuen Kapazitäten und Potenziale zum Durchschlagen zu bringen. In diesen großen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen reißt eine bislang untergeordnete Klasse, die neue, fortgeschrittenere Produktionsverhältnisse repräsentiert, die Führung der Gesellschaft an sich. Dieser Konflikt wühlt sämtliche gesellschaftlichen Bereiche um und verläuft niemals ohne handfeste Auseinandersetzungen. Jede grundlegende Umwälzung gesellschaftlicher Ordnungen, jede soziale Revolution, hat ihre Grundlage also in der Zuspitzung des Klassenkampfes.

Die bürgerlichen Revolutionen Ende des 18. und im 19. Jahrhundert, aber auch die sozi-

alistischen Revolutionen des 20. Jahrhunderts gründen auf materiellen geschichtlichen Entwicklungen, die sich eben nicht ewig im Zaum halten lassen. Dass ein revolutionärer Umbruch in den kapitalistischen Staaten noch immer überfällig ist, dass der Kapitalismus seine eigenen produktiven Möglichkeiten längst nicht mehr komplett ausschöpfen und nutzen kann – und stattdessen bestehendes Potenzial zerstört und blockiert – zeigt sich überdeutlich. Das Kapital strömt von einem Krisenherd zum nächsten. Überproduktionskrisen werden durch aufgeblähte Finanzmärkte verstärkt und ausgedehnt, Unmengen an Lebensmitteln werden tagtäglich vernichtet weil Märkte fehlen um sie gewinnbringend zu verkaufen, die Zerstörung imperialistischer Kriege trägt schon den Ausblick auf profitablen Wiederaufbau in sich – um nur einige Beispiele zu nennen. Auch wenn der Kapitalismus sich hier in Deutschland im internationalen Vergleich bei vielen noch als stabile Premiumversion „Soziale Marktwirtschaft“ verkaufen kann, bröckelt die Fassade mehr und mehr.

Deshalb ist Geschichte für uns keine Geschichte der Ideen großer Denker, Köpfe und Herrscher, sondern sie wird nur verständlich aus einer Perspektive, die sich den Kämpfen zwischen den widerstreitenden sozialen Interessen in einer Gesellschaft widmet. Das heißt nicht, dass die Geschichte der Philosophie, des Denkens, der Ideen für uns keine Bedeutung hat. Es zeigt aber, dass die Bewusstseinsformen, denen das Denken entspringt, eben im Kontext bestimmter geschichtlicher Etappen des Klassenkampfes gesehen werden müssen. In diesem Kontext können Ideen durchaus maßgeblich zur Beschleunigung geschichtlicher Entwicklungen beitragen. Die Ideen von „nationalen Vereinigungen“ und der „Gleichheit vor dem Gesetz“ in den bürgerlichen Revolutionen zum Beispiel hängen zusammen mit den Interessen der damals aufstrebenden bürgerlichen Klasse. Es ging nicht nur um ein vernünftigeres Zusammenleben, sondern um große zusammenhängende Märkte, Produktions- und Handelsräume, in denen sie sich ohne rechtliche Einschränkungen ausbreiten konnten. Während die bürgerliche Geschichtsschreibung

auf der Bestimmung der geschichtlichen Entwicklung durch Ideen beharrt und materielle Bedingungen für sie beliebige Teilaspekt bilden, betont Marx:

„Sowenig man das, was ein Individuum ist, nach dem beurteilt was es sich selbst dünkt, ebenso wenig kann man eine solche Umwälzungsepoche aus ihrem Bewusstsein beurteilen, sondern muss vielmehr dieses Bewusstsein aus den Widersprüchen des materiellen Lebens, aus dem vorhandenen Konflikt zwischen gesellschaftlichen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen erklären.“⁴

Gerade auch revolutionäre Bewegungen entstehen aus den Umständen und Gegebenheiten ihrer Zeit und nicht als Kopfgeburt Einzelner.

Was bedeutet die materialistische Geschichtsauffassung für die Perspektive revolutionärer Veränderungen? Menschen werden durch die Erkenntnis gemeinsamer sozialer Interessen miteinander verbunden und gestalten so den Gang der Geschichte selbst. Jedoch tun sie dies nicht in frei gewählten Umständen und nicht zwangsläufig bewusst. Das heißt: Sie sind gesellschaftlich und geschichtlich bedingten Zwängen unterworfen. Neue Wege können nur auf Grundlage der vorangegangenen Entwicklung der Gesellschaft eingeschlagen werden. Die Handelnden sind also „Kinder ihrer Zeit“. Sie können sich die Widersprüche und Entwicklungsperspektiven dieser Zeit und ihre eigene gesellschaftliche Rolle darin aber bewusst machen und auf revolutionäre Veränderungen hinwirken.

1.3 „Die Geschichte ist der einzig wahre Lehrmeister, die Revolution die beste Schule des Proletariats.“

Als KommunistInnen müssen wir die herrschaftssichernde und unsere Klasse lähmende Form der Geschichtsschreibung aufbrechen, den Kampf um die Definitionsmacht über die Geschichte aufnehmen und die vorangegangenen fortschrittlichen Kämpfe als Teil unserer eigenen Kämpfe begreifen. „Das Subjekt historischer Erkenntnis ist die kämpfende, unter-

drückte Klasse selbst.¹⁵ Wir fordern also nicht von bürgerlichen HistorikerInnen anders zu arbeiten. Es ist der bürgerlichen Geschichtsschreibung einfach nicht möglich, den Klassenkampf und seine Lehren zu begreifen und mit den historischen Perspektiven der Ausgebeuteten in Bezug zu bringen. Es kann also nur die Aufgabe heutiger linker und revolutionärer Bewegungen sein, ihre Geschichte zu verstehen und weiter zu schreiben.

In der Vergangenheit gab es immer wieder Versuche, das jeweils herrschende System zu kippen, die Mächtigen zu stürzen und das Bestehende durch etwas Besseres zu ersetzen. Dabei lässt sich beim Blick in die Geschichte eine Kontinuität erkennen, die sich – nicht ohne Wirrungen, Verirrungen und Brüche – von den Sklavenaufständen der Antike, über die Bauernrevolten des Mittelalters, die Klassenkämpfe der französischen Revolution und den sozialistischen Versuch der Pariser Commune, über die Oktoberrevolution in Russland, die niedergeschlagene Novemberrevolution in Deutschland, den Widerstand gegen den Faschismus in ganz Europa, die chinesische Revolution, die Revolten 1968 und alle anderen sozialistischen Versuche, bis zu den heutigen Kämpfen erstreckt. Diese Aufzählung ließe sich noch weiterführen mit den zahlreichen revolutionären Befreiungskämpfen in Asien, Südamerika und Afrika in den letzten Jahrhunderten.

Da wir uns nicht als UtopistInnen verstehen, die eine neue Gesellschaft auf eine leere Leinwand pinseln, studieren wir die bisherigen Versuche revolutionärer Umgestaltungen und Kämpfe, um daraus theoretische und praktische Lehren für perspektivische Umwälzungen zu ziehen. Wenn wir aus der Geschichte lernen, sollten wir uns darüber bewusst sein, dass die RevolutionärInnen vergangener Zeiten auf nur wenige Erfahrungen zurückgreifen konnten. Heute haben wir ungleich bessere Voraussetzungen, da wir durch die vergangenen Anstrengungen zu einem großen Erfahrungsschatz revolutionärer Versuche Zugang haben. Die Erkenntnisse, die wir aus dem Studium der Geschichte gewinnen können, sind allerdings kein Selbstzweck, sondern bilden die Grundlage unseres politischen

Handelns, unserer Theorie und Praxis. Dabei ist jeder errungene Sieg und jede erlittene Niederlage eine Lehre für uns, für den heutigen Aufbau von Strukturen und für aktuelle Kämpfe. Der Blick zurück ist so immer auch ein Blick nach vorne.

Für uns kommt es darauf an, die Geschichte der revolutionären Linken nicht aus einer moralischen und scheinbar zeitlosen Warte zu beobachten und einer reinen Kritik zu unterziehen, sondern die Erfahrungen und Fehler in ihrem historischen Kontext zu betrachten und zu diskutieren. Es liegt in unserer Verantwortung die Fehler und Prozesse zu studieren, die zum Scheitern oder zu Verirrungen von historischen Kämpfen und sozialistischen Versuchen geführt haben, um ähnliches nicht zu wiederholen. Aber auch die positiven Erfahrungen und Erfolge aufzugreifen. Schon Ende 1918 erkannten die GenossInnen der frisch gegründeten Kommunistischen Partei Deutschlands:

„Die Geschichte ist der einzig wahre Lehrmeister, die Revolution ist die beste Schule des Proletariats. Sie werden dafür sorgen, dass die „kleine Schar“ der Meistverleumdeten und Verfolgten Schritt um Schritt zu dem wird, wozu ihre Weltanschauung sie bestimmt: zur kämpfenden und siegenden Masse des revolutionären sozialistischen Proletariats.“

-
1. Fukuyama stellte Anfang der 1990er die These vom „Ende der Geschichte“ auf. Eine These, die angesichts der weltweiten Entwicklungen der letzten 25 Jahre ohnehin überholt ist.
 2. Vgl. Harman, Chris: Wer baute das siebentorige Theben? Band I, Laika Verlag 2016, S. 8 f.
 3. Engels, Friedrich: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft. MEW 19, S. 210
 4. Marx, Karl: Zur Kritik der politischen Ökonomie. MEW 13, S. 9
 5. Benjamin, Walter: „Über den Begriff der Geschichte“

Auflage 100 000

Die rote Fahne

In der Internationale liegt der Schwerpunkt der Klassenorganisation des Proletariats.

Mitteilungsblatt des Stuttgarter
:: Arbeiter- und Soldatenrates ::

Die Pflichten gegen die Internationale gehen alle anderen Organisationspflichten voran.

Zentralorgan sämtlicher Arbeiter- und Soldatenräte Württembergs.

Nr. 1

Stuttgart, 6. November 1918.

1. Jahrg.

Die Forderungen des Arbeiter- und Soldatenrats.

1. Sofortiger Waffenstillstand und Abschluß des Friedens durch den Arbeiter- und Soldatenrat.
2. Abdanken aller Dynastien, einschließlich Wilhelm II. von Württemberg.
3. Auflösung des Landtags und des Reichstags. Die Regierung übernehmen sofort zu wählende Delegierte der Arbeiter, Soldaten, Kleinbauern und der Landarbeiter.
4. Sofortige und vollständige Aufhebung des Belagerungszustandes; Aufhebung jeder Zensur, volle Pressefreiheit; Aufhebung des Hilfsdienstgesetzes.
5. Sofortige Freilassung aller politisch Inhaftierten und aller Militärgefangenen ohne Ausnahme in Württemberg und im Reich.
6. Banken und Industrien sind zugunsten des Proletariats zu enteignen.
7. Annullierung der Krieganleihen von 1000 Mark aufwärts.
8. 7 stündige Arbeitszeit; Festsetzung von Mindestlöhnen durch die Arbeiterausschüsse. Gleiche Löhne für männliche und weibliche Arbeiter.
9. Streiktage sind voll zu bezahlen.
10. Durchgreifende Umgestaltung des Heerwesens, nämlich
 - a) Verleihung des Vereins- und Versammlungsrechts an die Soldaten in dienstlichen und außerdienstlichen Angelegenheiten;
 - b) Aufhebung des Disziplinarstrafrechts der Vorgesetzten; die Disziplin wird durch Soldatendelegierte aufrecht erhalten;
 - c) Abschaffung der Kriegsgerichte;
 - d) Entfernung von Vorgesetzten auf Mehrheitsbeschluß der ihnen Untergebenen hin.
12. Abschaffung der Todesstrafe und der Zuchthausstrafe für politische und militärische Vergehen.
13. Uebergabe der Lebensmittelverteilung an Vertrauensleute der Arbeiter.

Der Arbeiter- und Soldatenrat.

Um die Bedeutung und Tragweite der Revolution, ihre Voraussetzungen und Gründe, ihre Erfolge und ihre Niederlage zu erfassen, müssen wir zunächst um einige Jahre zurück in die Geschichte blicken:

2.

DER 1. WELTKRIEG 1914 - 1918 UND DIE REVOLUTIONÄRE LINKE IN DEUTSCHLAND

2.1 „Friede den Hütten, Krieg den Palästen!“ (August Bebel, 1871)

Als der sozialistische Versuch der Pariser Kommune durch das französische Militär blutig beendet wurde, spricht der Mitbegründer der Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) August Bebel am 25.05.1871 im Reichstag:

„Meine Herren (...) ich erinnere Sie daran, dass der Kampf in Paris nur ein kleines Vorpostengefecht ist, dass die Hauptsache in Europa uns noch bevorsteht, und dass, ehe wenige Jahrzehnte vergehen, der Schlachtruf des Pariser Proletariats Krieg den Palästen, Friede den Hütten, Tod der Not und dem Müßiggange! der Schlachtruf des gesamten europäischen Proletariats werden wird.“

Wenige Jahrzehnte später, am 4. August 1914, begründet der damalige SPD-Vorsitzende Hugo Haase die Zustimmung zu den Kriegskrediten mit den Worten „Wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich.“ Nun zieht das gesamte europäische Proletariat tatsächlich in die Schlacht, aber nicht in einen revolutionären Bürgerkrieg, sondern es schlachtet sich zugunsten der Interessen der herrschenden Klassen gegenseitig ab. Wie konnte es dazu kommen?

2.2 Der ökonomische Hintergrund des 1. Weltkriegs

Sommer 1914: Der 1. Weltkrieg wird von den herrschenden Kreisen, den Bank-, Öl- und Kanonenkönigen Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens und Russlands angezettelt. Das deutsche Kapital spielt dabei jedoch eine besondere Rolle: Vor dem Krieg befindet es sich in einer Krise. Obwohl die deutsche, in Monopolen konzentrierte, Industrie in den letzten Jahren sprunghaft angewachsen war und z.B. mehr Eisen und Stahl produzierte, als Frankreich oder Großbritannien, finden sich keine neuen Märkte für das deutsche Kapital. Während England, Frankreich usw. in blutigen Eroberungszügen neue Kolonien erschlossen hatten, die Rohstoffe und Produktivkräfte der Kolonien ausbeuten und die daraus entstandenen Produkte wieder dorthin verkaufen, verfügt das deutsche Reich kaum über Kolonien. So kann sich das deutsche Kapital nicht weiterentwickeln. Vor allem Thyssen und Krupp, aber auch etliche andere Kapitalisten suchen nach neuen Absatzräumen und drängen letztlich als Ausweg aus dieser Krise auf einen Krieg. Auf der Suche nach einem „Platz an der Sonne“ wird eine mächtige Kriegsflotte aufgebaut. Einflussreiche Kreise, v.a. die großen Konzerne sehen die Zukunft Deutschlands in Übersee, die

adligen Großgrundbesitzer aus Preußen, die sogenannten Junker haben dagegen ein Auge auf Osteuropa geworfen. Das Monopolkapital und die preußischen Militaristen planen den Weltkrieg in aller Öffentlichkeit. Als der österreichische Thronfolger im Juni 1914 in Serbien ermordet wird, erklärt kurz darauf Österreich-Ungarn Serbien den Krieg. Das ist für das deutsche Reich ein willkommener Anlass sich an dem Krieg zu beteiligen. Kaiser Wilhelm II kommentiert die Ereignisse mit dem Ausspruch: „Jetzt oder nie!“. Die anderen imperialistischen Mächte erklären dem deutschen Reich den Krieg.

2.3 Die SPD: Von einer Kampf- zu einer Reformpartei

Nachdem sich das neugegründete Deutsche Kaiserreich im Jahr 1871 nach außen hin gefestigt hatte, beginnt nun die herrschende Klasse gegen den „inneren Feind“ vorzugehen: Reichskanzler Bismarck nimmt Attentate auf den Kaiser zum Vorwand und verabschiedet die „Sozialistengesetze“. Die Sozialdemokratie wird in die Illegalität gezwungen, nur die Reichstagsabgeordneten dürfen weiterhin arbeiten und an Wahlen teilnehmen. Dies hat langfristig zwei gegenläufige Tendenzen zur Folge. Einerseits wird dadurch die Programmatik der Partei radikalisiert und gefestigt, andererseits entwickeln sich die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten immer mehr zu BerufspolitikerInnen mit einem Hang zu Opportunismus und Anpassung. Hinzu kommt, dass es – v.a. in großen Konzernen – immer mehr gut bezahlte FacharbeiterInnen gibt, die sich in den bestehenden Verhältnissen einrichten. Diese Schicht, auch Arbeiteraristokratie genannt, hat gute Verbindungen zur Gewerkschaftsbürokratie.

Nachdem sich die Sozialistengesetze als wirkungslos erwiesen haben, werden sie außer Kraft gesetzt, die SozialdemokratInnen gehen gestärkt aus den Jahren des Verbots hervor. Die SPD beschließt wenig später, im Jahr 1891, ein neues Programm, das Erfurter Programm. Im theoretischen Teil steht es ganz auf marxistischer Grundlage – wenn es z.B. heißt „Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft [...] für die Abschaffung der Klassenherrschaft

und der Klassen selbst.“ Im praktischen Teil wurden eher allgemein-demokratische Forderungen gestellt, wie z.B. das allgemeine Wahlrecht. Kurze Zeit später beginnt der sogenannte Revisionismusstreit: Eine Strömung in der Partei versucht, den radikalen theoretischen Teil des Erfurter Programms so zu beschneiden und zu verändern, dass aus der revolutionären Sozialdemokratie eine reformistische Partei wird. Eduard Bernstein, Führer der RevisionistInnen, erklärt den Marxismus für veraltet, „revidiert“ ihn also und legt den ganzen Schwerpunkt auf anstehende Reformen demgegenüber Revolution und Sozialismus keine Bedeutung mehr haben sollen: „Das Endziel, was es immer sei, ist mir Nichts, die Bewegung Alles.“ so Bernstein 1898. Entgegen dieser Ausrichtung versucht der linke Flügel der SPD das Gegenteil. Die Praxis soll radikalisiert werden und der marxistischen Programmatik entsprechen. Vor allem durch politische Streiks sollen die Massen Kampferfahrungen sammeln und letztendlich die bürgerliche Gesellschaft durch eine Revolution beseitigen. Und während Bernstein davon ausgeht, dass eine starke ArbeiterInnenbewegung die Gesellschaft immer demokratischer werden lässt, geht die Parteilinke Rosa Luxemburg in ihrer Schrift „Sozialreform oder Revolution“ im Jahr 1900 vom Gegenteil aus, dass nämlich sobald eine Demokratie ein „Werkzeug der tatsächlichen Volksinteressen“ zu werden droht „die demokratischen Formen selbst von der Bourgeoisie und ihrer staatlichen Vertretung geopfert werden.“

Auf dem Internationalen SozialistInnenkongress 1907 in Stuttgart gibt es zwischen den ReformistInnen und den Parteilinken heftige Debatten, bei denen sich am Ende - formal gesehen - die Linken durchsetzen können: Im Falle eines Kriegsausbruchs sollen die SozialistInnen aller Länder alles tun, um den Krieg zu beenden, gemeint ist ein Generalstreik. Trotzdem ist weiterhin die abwartende Haltung der Parteilinken, der sogenannten ZentristInnen, die bestimmende Meinung in der SPD, während gleichzeitig - mit letztendlich fatalen Folgen - die Positionen der Parteilinken, also der ReformistInnen und RevisionistInnen, immer mehr an Boden gewinnen; nicht zuletzt durch

das auf Ausgleich zwischen den Flügeln bedachte Taktieren der ZentristInnen.

2.4 „Wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich“ - Die SPD sagt „Ja zum Krieg!“

Am 4. August 1914 wird im Reichstag die Bewilligung von Krediten in Höhe von 5 Milliarden Reichsmark für den Krieg diskutiert. Die SPD, bis dahin die Vertretung der deutschen ArbeiterInnenklasse, verfügt in einer Fraktionssitzung, dass alle Abgeordneten für die Kredite stimmen sollen. Diese Zustimmung markiert den Bruch der SPD mit ihrer Vergangenheit, ihren Übertritt von der Partei der ArbeiterInnenklasse in das Lager des Klassenfeindes. In folgenden Abstimmungen sollte die SPD nahezu geschlossen für die Kriegskredite stimmen. Später benutzt die SPD auch den Vorwand, den Soldaten, die sie ja indirekt mit an die Front geschickt hatten, nicht in den Rücken fallen zu wollen, um weiterhin die Kredite bewilligen zu können.

Die Gewerkschaften, eng mit der SPD verwachsen, schlagen sich schon einige Tage zuvor auf die Seite der Bourgeoisie und beschließen bereits am 2. August 1914 alle Bewegungen für bessere Löhne und Bezahlung abzubrechen und als „Vaterlandsverrat“ zu betrachten. Streiks werden nicht mehr unterstützt. Es wird der sogenannte Burgfrieden ausgerufen: Alle Klassengegensätze und Konflikte sollen angeblich ruhen, während Deutschland nach außen hin geschlossen wie eine Burg auftritt.

Unabhängig von den offiziellen Gewerkschaften organisieren sich die Revolutionären Obleute, ein konspirativ organisierter, landesweiter Zusammenschluss von frei gewählten Vertrauensleuten der ArbeiterInnen in Industriebetrieben. Die betrieblich organisierte Opposition entsteht in der Zeit des Weltkrieges, zunächst als Widerstandsorganisation gegen die Kriegspolitik von Kaiserreich und Sozialdemokratie. Viele der Revolutionären Obleute sind später auch in der USPD organisiert. Ihre wichtigsten Sprecher sind Richard Müller und Emil Barth. Besonders stark sind sie in den Berliner Rüstungsbetrieben.

2.5 Die Spaltung der ArbeiterInnenbewegung

Lediglich der SPD-Abgeordnete Karl Liebknecht widersetzt sich der Zustimmung zu den Kriegskrediten. Beim ersten Abstimmungstermin stimmt er – unter Protest – zunächst noch für die Kriegskredite. Der Fraktionszwang und seine Verbundenheit mit der Partei bewegt ihn dazu. Aber schon bei der nächsten Abstimmung am 2. Dezember 1914 widersetzt er sich von nun an offen der Parteiweisung, die die Zustimmung zu den Kriegskrediten verlangt. Dazu erklärt er: „Dieser Krieg, den keines der beteiligten Völker selbst gewollt hat, ist nicht für die Wohlfahrt des deutschen oder eines anderen Volkes entbrannt. Es handelt sich um einen imperialistischen Krieg, einen Krieg um die kapitalistische Beherrschung des Weltmarktes, um die Beherrschung wichtiger Siedlungsgebiete für das Industrie- und Bankkapital.“¹ 1917 spalten sich antimilitaristische SozialdemokratInnen, die auch das Streikverbot nicht akzeptieren wollen, von der SPD ab und gründen die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD). Sie ist keine revolutionäre Partei, sie vertritt die Positionen der SPD vor Kriegsausbruch. Die übrig gebliebenen rechten, kaisertreuen SozialdemokratInnen nennen sich von nun an MSPD (Mehrheitssozialdemokratie). Auch andere Linke spalten sich von der SPD ab und gründen eigenständige Gruppierungen. So etwa die „Gruppe Internationale“, später „Spartakusbund“ mit Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Clara Zetkin, Franz Mehring, Wilhelm Pieck und Leo Jogiches als bekannte Persönlichkeiten.

2.6 „Die Dividenden steigen, die Proletarier fallen!“ (Rosa Luxemburg)

In der deutschen Kriegspropaganda sollen die Truppen schon Weihnachten 1914 wieder daheim sein, doch der abenteuerliche Plan Frankreich schnell einzunehmen, um dann kurz darauf Russland zu besiegen, scheitert bereits nach wenigen Wochen. Es beginnt ein kräftezehrender Stellungskrieg, der mit unfassbarer Brutalität geführt wird. In den ersten fünf Kriegsmonaten kommt es allein auf deutscher Seite zu über 1 Million Toten, Verwundeten und Gefangenen. Die Vorräte an

Kriegsmaterial und Lebensmitteln sind jedoch nicht auf einen langen Krieg ausgerichtet. So muss die gesamte Volkswirtschaft, insbesondere die Rüstungsindustrie auf die Versorgung der Front ausgerichtet werden. Bald arbeitet die Hälfte der IndustriearbeiterInnen unmittelbar für die Bedürfnisse der Front. Dies führt zu einer erneuten Verschärfung der Ausbeutung. Da immer mehr Männer an die Front geschickt werden, greift die Industrie mehr und mehr auf die geringer bezahlte Arbeitskraft von Jugendlichen und Frauen zurück. Während die Arbeitstage immer länger werden, teilweise bis zu 16 Stunden, kommt es zu Versorgungsengpässen und Nahrungsmittelknappheit: Kohlrüben, aber auch Hunde und Katzen, werden zu alltäglichen Lebensmitteln für das Proletariat. Durch den Mangel an Nahrungsmitteln steigen die Lebensmittelpreise deutlich spürbar an und führen zu einem florierenden Schwarzmarkt - hauptsächlich für Besserverdienende. Die Not und der Hunger vergrößern die Kluft zwischen Adel und Bourgeoisie auf der einen und Proletariat auf der anderen Seite. Die besitzende Klasse verdient gut am Krieg und kann ihre Profite und ihr privates Vermögen ins Unermessliche steigern. Der Kapitalist Hugo Stinnes etwa, kann sein Vermögen auf eine Milliarde Reichsmark verzehnfachen, während ArbeiterInnen gerade mal durchschnittlich 27 Mark in der Woche verdienen.

2.7 Der Zusammenbruch der 2. Internationale und die Zimmerwalder Linke

Am Elend der Massen ist nicht nur die deutsche Sozialdemokratie mitschuldig, in fast allen Ländern haben die sozialistischen Parteien die Beschlüsse der Internationalen SozialistInnenkongresse von Stuttgart 1907 und Basel 1912 verraten, wo man sich scheinbar einig war, dass die Werktätigen die Gewehre umdrehen müssen, wenn die Herrschenden einen Krieg vom Zaun brechen.

Erst im Laufe des Krieges entsteht der Keim einer neuen Internationalen: Im schweizerischen Zimmerwald treffen sich im September 1915 SozialistInnen aus zwölf Ländern und beraten über den Widerstand gegen den Krieg. Eine Minderheit der KonferenzteilnehmerInnen um Lenin, die „Zimmerwalder Linke“, fordert

dazu auf, den Weltkrieg in einen revolutionären Weltbürgerkrieg umzuwandeln.

2.8 Das Jahr 1917 - Verbote der Novemberrevolution und Oktoberrevolution in Russland

Was im Herbst 1915 sowohl für Russland, als auch für Deutschland wie ein realitätsfremder Wunsch erschien, nimmt im Laufe des Jahres 1917 immer mehr Gestalt an. Die enorme Ausbeutung, das maßlose Elend und die repressive Situation in der Heimat, sowie die gefallenen Söhne und Väter an der Front verschärfen den Klassenwiderspruch. Der von der MSPD und den Gewerkschaften propagierte „Burgfrieden“ bekommt erste Risse: Im Winter 1916/17 kommt es in ganz Deutschland zu Hungerdemonstrationen. Im März 1917 kommt es unter den RüstungsarbeiterInnen in Berlin und Düsseldorf zu ersten Proteststreiks, bei denen eine Verbesserung der sozialen Situation, Frieden und teilweise auch der Sturz der kaiserlichen Regierung gefordert werden. Im April streiken schließlich über eine halbe Million ArbeiterInnen gegen die Kürzung der Brotration. Die Streiks wurden nicht von der Gewerkschaftsführung organisiert, die Streiks immer noch als „Vaterlandsverrat“ ansieht, sondern von ArbeiterInnen an der Basis. Auch im Militär regt sich Widerstand: Im Sommer 1917 kommt es zu einem ersten Matrosenaufstand, der jedoch blutig niedergeschlagen wird. Die Matrosen Max Reichpietsch und Albin Köbis werden als Rädelsführer in Köln hingerichtet, hunderte andere werden verhaftet. In Russland ist währenddessen die revolutionäre Bewegung erfolgreicher: Die bürgerliche Februarrevolution beendet die Herrschaft des Zaren und die sozialistische Oktoberrevolution schafft unter maßgeblicher Beteiligung der Bolschewiki im größten Land der Welt eine sozialistische Republik.

2.9 „Der Hauptfeind steht im eigenen Land!“ - Der Spartakusbund entsteht

Gegen die Opposition in den Reihen des SPD wird mit Härte vorgegangen. Nachdem Liebknecht im Dezember 1914 als einziger Reichstagsabgeordneter mit „NEIN“ gegen die Kriegskredite gestimmt hatte, bricht ein Sturm der

Entrüstung und eine Welle der reaktionären Hetze gegen ihn, seine GenossInnen und seine Familie los. Im Februar 1915 wird er schließlich an die Front geschickt, in der Hoffnung das „Problem“ erledige sich auf diese Weise. Rosa Luxemburg wird wegen eines Aufrufs zur Kriegsdienstverweigerung ungefähr zur selben Zeit ins Frauengefängnis in Berlin gesteckt. Karl Liebknecht erlebt die Gräueltaten des Krieges am eigenen Leibe und agitiert auch an der Front weiter. Selbst im Schützengraben schreibt er Flugblätter. Aus dieser Zeit stammt eines seiner berühmtesten – und bis heute gültigen – Flugblätter:

„Der Hauptfeind des Deutschen Volkes steht in Deutschland: der deutsche Imperialismus, die deutsche Kriegspartei, die deutsche Geheimdiplomatie. Diesen Feind gilt's für das deutsche Volk zu bekämpfen...“²

Im März gründen Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring, Clara Zetkin und Wilhelm Pieck die Zeitschrift „Internationale“, die aber bereits nach ihrer ersten Ausgabe im April 1915 verboten wird.

Am 1. Januar 1916 wird die Spartakusgruppe als Organisation der RevolutionärInnen in der SPD, später in der USPD gegründet. Ihr Organ werden die – illegal herausgegebenen – „Spartakusbriefe“. Sie sehen sich in der Tradition von Marx und Engels und beziehen sich später auf die Oktoberrevolution. Die bekannteste Aktion der SpartakistInnen ist die 1.Mai-Kundgebung 1916 mit Karl Liebknecht, der auf dem Potsdamer Platz zu rund 15 000 BerlinerInnen spricht und zum Sturz der Regierung und zum Widerstand gegen den Krieg aufruft. Doch nach wenigen Minuten wird er bereits verhaftet und schließlich vor Gericht gestellt. Er wird zu vier Jahren Haft verurteilt. Nach dem Urteil wird seine Rede auf Flugblättern verteilt. Es kommt zu einem spontanen Massenstreik, an dem sich Zehntausende in Berlin, Bremen, Braunschweig, Stuttgart und anderen Städten beteiligen. Dabei handelt es sich um die erste Welle politisch motivierter Streiks während des Kriegs. Zahlreiche Demonstrationen unter dem Motto „Hoch Liebknecht, nieder mit dem Krieg!“ werden organisiert. Die Gewerkschafts-

führung erlässt die Weisung an ihre Mitglieder sich zurückzuhalten. Kurz darauf werden auch Clara Zetkin und Franz Mehring verhaftet und eingesperrt. Die Führer der SpartakistInnen arbeiten im Gefängnis – so gut das unter diesen Umständen möglich ist – weiter. Sie halten untereinander Kontakt, versuchen zu verfolgen, was draußen passiert, nehmen Kontakte zu RevolutionärInnen in anderen Ländern auf und schreiben zahlreiche Artikel, Flugblätter und Texte.

Karl Liebknecht verfasst im Zuchthaus u.a. seine Schrift „Klassenkampf gegen den Krieg“. Darin analysiert er: Kapitalisten und Kaiserreich haben „das entsetzliche Unheil durch ihre kapitalistische Politik, durch die Politik des Wettrüstens und der Geheimdiplomatie heraufbeschworen und um ihrer imperialistischen Interessen Willen viele Millionen Menschen in Elend, Jammer und Verzweiflung gestürzt.“

Rosa Luxemburg klagt voller Zorn eben diese Kriegspolitiker an:

„Geschändet, entehrt, im Blute wattend, von Schmutz tiefend – so steht die bürgerliche Gesellschaft da – so ist sie. Nicht wenn sie, geleckt und sittsam, Kultur, Philosophie und Ethik, Ordnung, Frieden und Rechtsstaat mimt – als reißende Bestie, als Hexensabbat der Anarchie, als Pesthauch für Kultur und Menschheit – so zeigt sie sich in ihrer wahren nackten Gestalt.“

Sie folgert:

„Der Wahnwitz wird erst aufhören und der blutige Spuk der Hölle wird verschwinden, wenn die Arbeiter in Deutschland und Frankreich, in England und Russland ... einander brüderlich die Hand reichen und den bestialischen Chorus der imperialistischen Kriegshetzer wie den heiseren Schrei der kapitalistischen Hyänen durch den mächtigen alten Schlachtruf der Arbeit überdonnern: Proletarier aller Länder vereinigt euch!“³

2.10 Der Januarstreik 1918

Im Dezember 1917 ruft die Spartakusgruppe im Flugblatt „Stunde der Entscheidung“ zu Massenstreiks auf:

„Deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen! Auch für das Proletariat schlägt nunmehr die Stunde der Entscheidung! (...) Der Hunger und das gegenwärtige Massenelend werden nicht aufhören, solange diejenigen, die ein Interesse am Krieg haben, das heißt Regierung und die bürgerlichen Klassen, am Ruder sind. Die Herrschaft der Reaktion und der imperialistischen Klassen in Deutschland gilt es zu brechen, wenn wir dem Völkermord ein Ende machen wollen.(...) Nur durch Massenkampf, durch Massenauflehnung, durch Massenstreiks, die das ganze wirtschaftliche Getriebe und die gesamte Kriegsindustrie zum Stillstand bringen, nur durch die Revolution und die Erringung der Volksrepublik in Deutschland durch die Arbeiterklasse kann dem Völkermord ein Ende gesetzt und der allgemeine Frieden herbeigeführt werden. Und nur so kann auch die russische Revolution gerettet werden.“⁴

Trotz des im Dezember 1916 im „Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst“ erlassenen Streikverbots entsteht aus dieser Bewegung und der unerträglichen Lage für den Großteil der Bevölkerung vom 28. Januar bis zum 4. Februar 1918 der größte politische Massenstreik während des Krieges. Im Januar 1918 wurde unter anderem in Berlin, Hamburg, Kiel und im Ruhrgebiet gestreikt. Es beteiligten sich über 1,5 Mio. ArbeiterInnen, viele von ihnen aus Betrieben der Rüstungsindustrie. In Berlin gründete sich nach russischem Vorbild ein erster ArbeiterInnenrat. Die Regierung begegnet den Aufständischen mit Gewalt und Terror und reagiert mit der Verhängung des Belagerungszustandes, vielen Verhaftungen und massenhaften Einberufungen von politisch aktiven ArbeiterInnen zum Kriegsdienst. Die MSPD trug maßgeblich dazu bei, die Bewegung niederzuwerfen. Prominente MSPDlerInnen wie Friedrich Ebert beteiligen sich zwar an den Streiks, bremsen sie jedoch von innen heraus aus. Durch offene Gewalt von außen und Lähmung der Bewegung von innen mittels rechter SozialdemokratInnen gelingt es den Streik niederzuwerfen und den Krieg um neun Monate zu verlängern. Die Stimmung bleibt jedoch gegen den Krieg und zunehmend auch gegen die Monarchie gerichtet.

2.11 Am Vorabend der Novemberrevolution

Nach der Niederschlagung des Januarstreiks kommt es zur Fortsetzung des zeitweise ruhenden Kriegs im Osten. Die Oberste Heeresleitung (OHL), die Deutschland zu diesem Zeitpunkt in eine Militärdiktatur verwandelt hat, hatte schon länger darauf spekuliert, dass eine sozialistische Revolution in Russland das Land militärisch schwächen könnte. Anfang März 1918 wird der Friedensvertrag von Brest-Litowsk mit Sowjetrußland ausgehandelt. Das Kaiserreich setzt harte Bedingungen durch, man spricht auch vom deutschen Diktat- oder Raubfrieden. Das deutsche Reich hatte damit an der Ostfront Ruhe und konnte sich auf den Krieg im Westen konzentrieren. Am 21. März 1918 beginnt die deutsche Frühjahrsoffensive an der Westfront, die mit der abenteuerlichen Annahme geführt wird, dass das geschwächte deutsche Heer die britische und die französische Armee besiegen könne, bevor die Verstärkung durch US-amerikanische Truppen eintrifft. Am 8. August 1918 durchbrechen die Westmächte die deutsche Frontlinie und die endgültige Niederlage des Kaiserreichs ist nur noch eine Frage von Wochen oder Monaten.

Anfang Oktober ist dann tatsächlich die Situation erreicht, in der die ArbeiterInnenklasse nicht mehr bereit ist, so weiter zu leben und die Herrschenden nicht mehr in der Lage sind, so weiter zu machen wie bisher. Die herrschende Klasse steckt in einer tiefen Krise. Ihre kriegsrische Raubpolitik ist gescheitert, ebenso droht ihr „antibolschewistischer“ Feldzug nach Innen gegen die revolutionäre Bewegung wie nach Außen gegen Sowjetrußland zu scheitern. Die Armee – ihr bisher wichtigstes Machtinstrument – droht langsam auseinander zu fallen. Die Bevölkerung erkennt immer deutlicher die Unfähigkeit der herrschenden Klasse das Volk zu versorgen. Da die MSPD für den Krieg gestimmt und ihn mit vorangetrieben hat, verfügen die ArbeiterInnen über keine Führung und wissen nicht, wie sie sich verhalten sollen. Auch die USPD und die SpartakistInnen können die Stimmung vorerst nicht nutzen. Mit der immer größer werdenden Ausbeutung, Unterdrückung und Not, dem Hunger, den Todesmeldungen

von der Front, den Erzählungen der wenigen zurückkehrenden Soldaten und dem Vorbild der russischen Oktoberrevolution 1917, durch die der Krieg in Russland beendet wurde und das bestehende repressive System gestürzt wurde, entwickelt sich allmählich eine revolutionäre Situation. Die Oktoberrevolution wird eine bedeutende Motivation für die deutschen ArbeiterInnen, denn sie verdeutlicht, dass die bestehenden Verhältnisse grundlegend geändert werden können. Ein Bündnis zwischen Sowjetrußland und einem revolutionären Deutschland scheint angesichts der revolutionären Situation eine reale Option dazustellen und hätte ganz Europa umwälzen können. Lenin stellt fest: „Das deutsche Proletariat ist der teuerste, zuverlässigste Verbündete der russischen und der internationalen proletarischen Revolution.“³ Aber er schreibt den deutschen RevolutionärInnen auch eine große Verantwortung zu. Nämlich, dass Deutschland „vom Standpunkt der internationalen Revolution, der Weltrevolution ... das wichtigste Glied in dieser Kette ist..., denn die deutsche Revolution ist schon herangereift, und vor allem hängt von ihr der Erfolg der Weltrevolution ab.“

2.12 Parlamentarische Monarchie als Ausweg der herrschenden Klasse

In der prekären Situation im Herbst 1918 fürchtet die herrschende Klasse um ihre Macht. So kommt es, dass am 3. Oktober 1918 eine neue Regierung unter dem als liberal geltenden Prinzen Max von Baden eingesetzt wird. Seine Ernennung zum Reichskanzler erfolgt auf Druck von Kapitalisten. Von Baden beteiligt MSPD, Zentrum und Liberale an der Regierung. Mit der Errichtung einer scheinbar parlamentarisch-demokratischen Regierung und wenigen sozialen Zugeständnissen versucht er den Druck aus dem Kessel zu lassen. Die Mitarbeit der SozialdemokratInnen in der neuen Regierung stellt die Fortsetzung der arbeiterfeindlichen Politik der MSPD dar. Sie war eine deutliche Entscheidung gegen die entstehende revolutionäre Bewegung. Der taktische Schachzug von Badens und der hinter ihm stehenden Großbürger zur Rettung der Monarchie schlug jedoch fehl. Es kommt wieder zu Streiks, Demonstrationen und Kundgebungen

und an der Ostfront verbrüdern sich deutsche Soldaten mit RotarmistInnen. Der Ruf nach Abdankung des Kaisers kommt jetzt sogar aus der bürgerlichen Presse. Am 28. Oktober wird noch einmal versucht, die Monarchie durch eine Verfassungsänderung zu retten: Die kaiserliche Reichsregierung ist jetzt vom Vertrauen des Reichstages abhängig, während dieser bisher ignoriert werden konnte. Doch schon einen Tag später beginnt die Meuterei der Matrosen der Hochseeflotte in Wilhelmshaven und die Novemberrevolution beginnt.

-
1. Karl Liebknecht, zur Kriegssitzung des Reichstages, in: Ausgewählte Reden, Briefe und Aufsätze, Berlin 1952, S. 281
 2. Karl Liebknecht a.a.O., Band III, Berlin 1966, S.230; zitiert nach Steigerwald / Krause: Das andere Geschichtsbuch, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt am Main 1986, S. 322
 3. Rosa Luxemburg, a.a.O., I. Band, Berlin 1955, S: 451; zitiert nach Steigerwald / Krause, S. 323
 4. Zentralinstitut für Geschichte an der Akademie der Wissenschaften der DDR: Geschichte – Lehrbuch für Klasse 9, Volk und Wissen, Volkseigener Verlag, Berlin 1978, S. 47
 5. Lenin, W.I.: Abschiedsbrief an die Schweizer Arbeiter, in: Werke Bd. 23; S.384, 386; zitiert nach Drabkin, J.S.: Die Novemberrevolution 1918 in Deutschland, VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1968, S. 551



3.

DIE TAGE DER REVOLUTION

3.1 Der Ausbruch der Revolution in Kiel

Die Revolution kommt dennoch für viele Menschen überraschend. Den letzten Anstoß gibt eine Meuterei der Matrosen der Hochseeflotte. Obwohl Ende Oktober die militärische Niederlage nicht mehr geleugnet werden kann, beschließt die Marineführung mit ihrer Flotte in eine „letzte, ehrenvolle Schlacht auf Leben und Tod“ gegen die klar überlegenen BritInnen zu ziehen um mit „wehenden Fahnen unterzugehen“. Offizielle Begründung für die Planung dieser Aktion ist die Deckung der Flanke des Heeres an der Westfront. Tatsächlich geht es jedoch darum, möglichst viele der Matrosen - die von je her aufständisch sind - im Krieg zu opfern, um eine mögliche Revolution durch sie zu verhindern. Ab dem 28. Oktober beginnt die Vorbereitung der Geschwader der Nord- und Ostseeflotte in der Nordsee, nördlich von Wilhelmshaven.

Der Kriegsausgang kann durch die geplante Schlacht nicht mehr beeinflusst werden, sie würde aber den Tod von ca. 80.000 Matrosen bedeuten. Die Matrosen wollen jedoch nicht als Kanonenfutter in einer aussichtslosen Schlacht enden und planen eine Meuterei. Sie rekrutieren sich größtenteils aus IndustriearbeiterInnen, denen Klassenkampf kein Fremdwort ist. Schon am Abend des 27.10.18 gibt es die ersten Sabotageaktionen und Befehlsverweigerungen. Am 28.10.18 weigern sich auf zahlreichen Schiffen die Matrosen, Anker zu lichten und Kohle zu laden, sie löschen das Feuer unter den Kesseln. Rote Flaggen werden u.a. auf den Schiffen „Thüringen“ und „Helgoland“ gehisst. Der Admiral droht die „Thüringen“ torpedieren zu lassen, wenn nicht sofort die rote Flagge eingeholt wird. Daraufhin richten die Matrosen der „Helgoland“ ihre Geschütze auf das herannahende Torpedoboot. Der Aufstand weitet sich wie ein Lauffeuer von Schiff zu Schiff aus. Die Geschwader kehren auf eigene Faust an ihre Standorte zurück, nach Kiel.

Der geschlossene Widerstand der Matrosen zwingt die Marineführung, den geplanten Flottenvorstoß aufzugeben. Darauf reagiert das Flottenkommando mit Massenverhaftungen. Das dritte Geschwader, das nicht gemeutert hatte, bringt in der Nacht zum 31.10.18 über

1.000 Aufständische in seine Gewalt und sperrt sie in Kiel in Militärgefängnisse. Doch der Aufstand lässt sich nicht mehr aufhalten. Am 3.11.18 beginnt schließlich eine Massenmeuterei. 80.000 Matrosen verweigern allein in Kiel den Dienst. Die Matrosen sind organisiert und haben gute Verbindungen zu Werft- und HafenarbeiterInnen und zu revolutionären Organisationen. Am Exerzierplatz findet eine Massenkundgebung von Matrosen statt, obwohl die zaudernde USPD ihre volle Unterstützung verweigert, strömen Tausende von Heeresoldaten und ArbeiterInnen dazu. Auf der Kundgebung spricht Karl Artelt, der schon an revolutionären Aktionen der Matrosen 1917 und im Januar 1918 beteiligt war. Er ruft die Massen zum entschlossenen Handeln auf. Ein sozialdemokratischer Gewerkschaftsvertreter mahnt abzuwarten, seine Rede geht in Pfiffen unter. Im Anschluss gibt es unter der Parole „Es lebe die Internationale! Es lebe die Republik! Weg mit dem Kaiser!“ Demonstrationen durch die ganze Stadt, um Solidarität mit den inhaftierten Matrosen zu bekunden. ArbeiterInnen der Großbetriebe und Werften folgen den Matrosen in den Streik und schließen sich spontan den Demonstrationen an. Auf einer Kreuzung stoßen die Aufständischen auf Maschinengewehrschützen von regierungstreuen Offizieren an, die in die Menge schießen. Dabei sterben acht DemonstrantInnen, 29 werden verletzt. Ein Matrose stürzt vor, schlägt den Leutnant mit dem Gewehrkolben nieder und die ArbeiterInnen schlagen die Truppen in die Flucht.

Die Matrosen befreien zunächst ihre Kameraden, sowie weitere politische Gefangene. Schon am 4.11.18 weht die rote Fahne auf fast allen Schiffen. Ganz Kiel ist in der Hand der Aufständischen, es kommt zur Vereinigung mit weiteren Truppenteilen, der Generalstreik wird ausgerufen und Waffen werden organisiert. Die Arbeit ruht, die Werften und Schiffe werden besetzt. Die politische Gewalt geht auf einen frisch gegründeten ArbeiterInnen- & Soldatenrat über und sämtliche Behörden werden diesem unterstellt. Aus dem Aufruf des Kieler Soldatenrats:

„Kameraden und Genossen! Unsere Schicksalsstunde hat geschlagen! Hört auf uns! ...

Keine Unbesonnenheiten! Ruhe und Nerven sind das Gebot der Stunde... Alle Arbeiter aller Gewerkschaften sind auf unserer Seite. Wir sind unserem Ziele nahe.¹¹

Die erste Schlacht der Revolution ist geschlagen, in Kiel hat sie gesiegt. Um zu überleben muss sie sich allerdings im ganzen Land ausbreiten.

Die Nachricht aus Kiel verbreitet sich in ganz Deutschland. In Berliner Regierungskreisen wird von einer „bolschewistischen Bewegung“ der Matrosen und von Forderungen „revolutionären Charakters“ gesprochen. Die Sozialdemokratie startet die letzten Rettungsversuche für das alte Regime und gegen die Revolution. Sie ruft die ArbeiterInnen und Seeleute in Kiel in einem Flugblatt dazu auf, den „nutzlosen Kampf“ zu beenden und sich nicht an den Streiks zu beteiligen. Zusammen mit den Gewerkschaften verhandeln sie mit der Regierung. Ein Zitat von Ebert im Gespräch mit Max von Baden zeigt erneut deutlich seine Einstellung: „Eberts Antwort erfolgte ohne Zögern und war unzweideutig: „Wenn der Kaiser nicht abdankt, dann ist die Revolution unvermeidlich. Ich aber will sie nicht, ja, ich hasse sie wie die Sünde.“¹²

Die Parteiführung der MSPD schickt Gustav Noske, der später noch eine blutige Rolle spielen wird und Staatssekretär Haussmann mit außerordentlichen Vollmachten nach Kiel um die „bestehenden Rechtsverhältnisse wieder herzustellen“. Der Aktionsplan der Regierung lautet: „1. Absperrung des Seuchengebiets, 2. freie Hand für Noske bei dem Versuch, den lokalen Ausbruch zu ersticken.“¹³ Am Abend des **4.11.18** treffen Noske und Haussmann in Kiel ein. Vor Ort müssen sie jedoch erkennen, dass „das Beruhigen“ der Matrosen nicht umzusetzen ist. Noske nutzt stattdessen die Aufregung der ersten Tage, sowie die politische Unerfahrenheit der Matrosen und setzt sich an die Spitze der Revolution und des frisch gegründeten Soldatenrates. Darüber hinaus wird er Gouverneur von Kiel. Aus diesem Vorgehen entwickelt sich eine prinzipielle Methode der SozialdemokratInnen, der wir im Verlauf unserer Betrachtung der Ereignisse immer wieder begegnen

werden: Wenn eine Bewegung über die Köpfe der Sozialdemokratie zu wachsen scheint und ihr entgleitet, dann stellt sie sich an ihre Spitze und dreht sie um. Noske, der neue Gouverneur führt Verhandlungen mit den alten Kommandostellen der Marine und schließt einen Pakt mit den Admirälen und Offizieren gegen die Matrosen. Als der Oberbefehlshaber der Ostseeflotte sich in einem mit einer roten Fahne getarnten Auto aus dem Staub macht, hindert Noske die aufgebrachten Matrosen daran, den geflohenen Adligen einzuholen.

Die Zensur, die polizeiliche Absperrung Kiels, der Versuch, noch kaisertreue Militärverbände zu mobilisieren und die Einstellung des Eisenbahnverkehrs in und aus Kiel können nicht verhindern, dass der Aufstand über das ganze Land schwappt. Von Kiel über Lübeck, Hamburg, Bremen, Rostock, Braunschweig, Hannover, Köln, Magdeburg, Leipzig, Dresden und Stuttgart bis nach Bayern rollt die rote Welle. Auch die mit dem deutschen Reich verbündete österreichisch-ungarische Monarchie gerät ins Wanken und wird von der Revolution gestürzt ⁴. Schulter an Schulter kämpfen SpartakistInnen, USPD-AnhängerInnen und revolutionäre GewerkschafterInnen. Rote Matrosen reisen in Gruppen von Stadt zu Stadt, überall schließen sich Soldaten und ArbeiterInnen an. Die in den deutschen Kleinstaaten herrschenden Könige und Fürsten werden abgesetzt, Versammlungen werden abgehalten, ArbeiterInnen- & Soldatenräte sprießen aus dem Boden, Rüstungsbetriebe werden bestreikt, Fabriken und Schachtanlagen besetzt. Kasernen, Polizeistationen und Knäste werden gestürmt, politische Häftlinge werden befreit, ArbeiterInnen und Soldaten beschaffen sich Waffen. Dabei kommt es zunächst zu keinem nennenswerten Widerstand von Polizei, Adel oder Kapitalisten.

3.2 Zähes Ringen in der Hauptstadt

Besonders von der Hauptstadt Berlin versuchen Regierung und MSPD die Revolution fernzuhalten. Hier befinden sich der Sitz der Regierung, der Kopf des gewaltigen militärischen Apparates, aber auch viele große Industriebetriebe und damit ein nicht unerhebliches revolutionäres Potential. Der Marsch der revolutionären

nären Bewegung auf Berlin ist längst im Gang: Den RevolutionärInnen wird klar, dass sofort gehandelt werden muss. Der eigentlich für den 11.11.18 geplante Generalstreik wird vorverlegt. In zahlreichen Debatten auf geheim abgehaltenen Treffen prallen der von USPDlern dominierte Vollzugsausschuss der Revolutionären Obleute auf Karl Liebknecht und Wilhelm Pieck, die seit Ende Oktober ebenfalls dem Ausschuss angehören. Die USPDler im Vollzugsrat sind sich unsicher ob die Situation schon reif ist, während Liebknecht auf direkte Aktion drängt und davor warnt, dass ein längeres Zögern dazu führen könnte, dass die MSPD sich der Bewegung bemächtigt: „Die Regierungssozialisten werden uns sicher noch zuvorkommen und uns vor der Geschichte und uns selbst blamieren.“⁵ Erst unter dem Eindruck der Verhaftung zweier Mitglieder des Rates, die die Pläne auffliegen lassen könnten, wird die Entscheidung zum losschlagen getroffen. Der Berliner Vollzugsausschuss der revolutionären Obleute, SpartakistInnen und USPDler beschließen am 8.11.18, für den nächsten Tag den Generalstreik in Berlin und den bewaffneten Aufstand auszurufen.

Aus dem Flugblatt des Spartakusbundes:

„Arbeiter und Soldaten! Die nächsten Ziele eures Kampfes müssen sein:

1. Befreiung aller zivilen und militärischen Gefangenen.
2. Aufhebung aller Einzelstaaten und Beseitigung aller Dynastien.
3. Wahl von Arbeiter- und Soldatenräten, Wahl von Delegierten hierzu in allen Fabriken und Truppenteilen.
4. Sofortige Aufnahme von Beziehungen zu den übrigen Arbeiter- und Soldatenräten.
5. Übernahme der Regierung durch die Beauftragten der Arbeiter- und Soldatenräte.
6. Sofortige Verbindung mit dem internationalen Proletariat, insbesondere mit der russischen Arbeiterrepublik.

Es lebe die sozialistische Republik!

Es lebe die Internationale!

Die Gruppe Internationale (Spartakusgruppe). Karl Liebknecht, Ernst Mayer.⁶

Am selben Tag wird Rosa Luxemburg aus dem Gefängnis befreit.

3.3 Der 9. November – Die Revolution in Berlin

Am Morgen des 9.11.18 ist Berlin in Regen und Nebel gehüllt. Schon früh morgens wird per Flugblatt in den Straßen und vor den Betrieben zum Generalstreik aufgerufen. Gegen 7 Uhr werden die Waffen aus den Verstecken geholt. Die Revolution wird jedoch - besonders in Berlin - von der MSPD und den ihr nahestehenden Teilen der Gewerkschaften bis zur letzten Minute bekämpft. Das sozialdemokratische Blatt „Vorwärts“ warnt vor „unüberlegten Handlungen“ und verunglimpft das Modell der ArbeiterInnen- & Soldatenräte als „russische Seuche“.

Im Laufe des Vormittags, meist nach der Frühstückspause formieren sich dennoch riesige Demonstrationen von ArbeiterInnen unter wehenden roten Fahnen, Hunderttausende folgen dem Aufruf zum Generalstreik. Aber noch ist nicht klar, wie Polizei und noch kaisertreue Einheiten des Militärs auf die Demonstrationen reagieren. Militärische Vorkehrungen waren in der Nacht zuvor eilig getroffen worden: Die Eisenbahn war eingestellt worden, vereinzelt hatten kaisertreue Offiziere wichtige Gebäude besetzt, die Polizei bekam kriegstaugliche Ausrüstung. Trupps von bewaffneten ArbeiterInnen begleiten die Demos. Doch die Polizei ist aus den Straßen verschwunden. Die Massen ziehen vor die Kasernen. ArbeiterInnen halten Schilder mit der Aufschrift „Brüder, nicht schießen!“. Die noch in ihren Kasernen befindlichen Soldaten erhalten von ihren Offizieren den Schießbefehl. Doch sie wenden sich gegen ihre Offiziere, öffnen stattdessen die Tore ihrer Kasernen und reißen ihren ehemaligen Vorgesetzten Rangabzeichen und Schulterklappen von den Uniformen. Trotz militärischer Vorkehrungen ist das alte System gegenüber den Massen vorerst machtlos. Große Teile des Militärs, bisher die entscheidende Stütze der Monarchie, ist auf die Seite des Volkes übergelaufen. Aus einem Bericht des Polizeipräsidenten von Oppen:

„...die Züge vermehren sich und verstärken sich auch durch Zuzug von Außen. Die

Aufregung wächst, bisher Zusammenstöße nur bei Gardefüsilierskaserne, in die 30.000 Mann eindringen wollten. Die Besatzung verteidigte sich mit der Feuerwaffe. Auf der Kaserne wurde die rote Fahne gehisst. Die Fernsprechleitungen der Kaserne sind nicht mehr in Betrieb. Die Mannschaften haben sich mit den Aufführern verbunden.“⁷

Bei der im Zitat erwähnten Kaserne schießen Offiziere in die Demonstration, wobei Erich Habersaath von den Revolutionären Obleuten und zwei Arbeiter, deren Namen nicht bekannt sind, getötet werden. Insgesamt müssen an diesem Tag 15 Revolutionäre ihr Leben lassen. Die DemonstrantInnen erhalten Unterstützung aus Kiel, immer mehr Trupps von bewaffneten Matrosen und Soldaten mit roten Armbinden stoßen zu ihnen. Die Demonstrationen ziehen aus allen Richtungen zum Stadtzentrum. Strategisch wichtige Gebäude, u.a. das des MSPD-Blatts „Vorwärts“, das Polizeipräsidium, das Haupttelegraphenamt, das Rathaus und das Schloss sowie eine Vielzahl von Betrieben werden besetzt. Wie auch schon in anderen Städten werden zahlreiche politische und soziale Gefangene befreit, 650 allein aus dem Polizeipräsidium.

Der Regierung und der Sozialdemokratie wird klar, dass die Monarchie wohl kaum mehr zu retten sein wird. Sie sehen und hören die Massen auf der Straße und müssen erkennen, dass die revolutionäre Bewegung nun auch in Berlin angekommen ist. Nicht nur auf der Straße, auch in Regierungskreisen herrscht emsiges Treiben an diesem Vormittag. Gegen Mittag kommt eine Delegation um Ebert in die Reichskanzlei und fordert die Reichskanzlerschaft von Max von Baden. In schwere Bedrängnis geraten, gibt dieser gegen 11.30 Uhr die Abdankung des Kaisers bekannt, obwohl dieser selbst sie noch gar nicht ausgesprochen hat. Um 12 Uhr tritt er selbst von seinem Amt zurück und übergibt es an Friedrich Ebert, den Vorsitzenden der MSPD, der mit sofortiger Wirkung Reichskanzler wird. Von Baden, der noch immer an die Rettung der Monarchie glaubt, schildert später die Erwägungen, die ihn zu dieser Entscheidung führten:

„Ich sagte mir: Die Revolution ist im Begriff siegreich zu sein; wir können sie nicht niederschlagen, aber vielleicht erdrosseln... Wird Ebert mir als Volkstribun von der Straße präsentiert, dann kommt die Republik, ist es Liebknecht, auch der Bolschewismus. Aber wenn der abdankende Kaiser Ebert zum Reichskanzler ernannt, dann besteht noch eine schmale Hoffnung für die Monarchie. Vielleicht gelingt es, die revolutionären Energien in die legalen Bahnen des Wahlkampfes zu lenken.“⁸

Einer seiner Mitarbeiter präzisiert:

„Es handelte sich für mich um die Entscheidung, ob auf gewaltlosem Wege der Übergang der Reichsleitung in die Hände Eberts möglich war oder ob durch blutige Revolution die Gewalt an die Spartakisten gehen würde... Nur indem die Beamtenschaft des alten Reichs sich Ebert zur Verfügung stellte, war das Heer zu retten, und Ebert war, wie ich wusste, kein grundsätzlicher Gegner der Monarchie.“⁹

Der Kaiser selbst setzt sich in die Niederlande ab.

Ebert setzt alles daran, zu verhindern, dass noch mehr Menschen sich der revolutionären Bewegung anschließen. Er schließt einen Pakt mit der Obersten Heeresleitung für „Ruhe und Ordnung“ und „gegen die bolschewistische Gefahr“.

Sehr anschaulich beschreibt der reaktionäre General Groener die Position der SPD-Führung:

„...von keiner Seite ist ein Wort gefallen, das darauf schließen lässt, dass die Herzen etwa auf Revolution hinstreben. Im Gegenteil, von der ersten bis zur letzten Äußerung ist nur davon gesprochen worden, wie man die Monarchie behalten könne, und bezeichnend ist, dass zum Schluss der spätere Reichspräsident Ebert folgenden Vorschlag machte: Die Abdankung des Kaisers ist unumgänglich notwendig, wenn man den Übergang der Massen in das revolutionäre Lager und damit die Revolution selbst verhindern wolle.“¹⁰



Zugeständnisse, wie die Abschaffung der Monarchie, sollen die SozialdemokratInnen gegenüber der Bevölkerung als „Wohltäter“ dastehen lassen und sie davon abhalten, „über die Stränge zu schlagen“. Der Kaiser wird geopfert, um das kapitalistische System zu retten. Unter Führung Eberts wird der sechsköpfige – gleichermaßen mit MSPD und USPD-Vertretern besetzte – „Rat der Volksbeauftragten“ gegründet. Durch die Beteiligung der USPD versucht die MSPD die revolutionären ArbeiterInnen und Soldaten auf ihre Seite zu ziehen.

Die MSPD-Führung versucht sich an die Spitze der Revolution zu stellen um sie abzuwürgen. Sie gründet zunächst einen eigenen Rat, den „Großberliner Arbeiter- & Soldatenrat“. Ebert und der MSPD-Fraktionschef im Reichstag Phillip Scheidemann verfassen aus taktischen Gründen ein eigenes Flugblatt, das zum Generalstreik aufruft, die MSPD hatte sich bis zu diesem Zeitpunkt noch strikt gegen einen Generalstreik ausgesprochen. Gegen 13.00 Uhr – der Streik läuft schon seit den Morgenstunden – wird es herausgegeben. Ebert und Scheidemann, die bis zuletzt die Revolution verhindern wollten, geben sich nun als ihre Führer aus. Gegen 14.00 Uhr proklamiert Scheidemann, der mittlerweile zum Staatssekretär aufgestiegen war, die „Freie deutsche (nicht sozialistische) Republik“ – von einem Fenster des Reichstagsgebäudes aus. Er gibt die Abdankung Wilhelms II. bekannt. Es solle eine Regierung unter Beteiligung aller ArbeiterInnenparteien geben. Weiter ruft er zu „Ruhe und Ordnung“ und zur Entwaffnung aller ArbeiterInnen auf. Die „Rote Fahne“, das Organ der Spartakusgruppe, das am 09.11.18 mit der ersten Ausgabe aus einer besetzten Druckerei erscheint, warnt bereits an diesem Abend vor den Verrätern der Revolution:

„Mit der Abdankung von ein paar Hohenzollern ist es nicht getan. Noch viel weniger ist es damit getan, dass ein paar Regierungssozialisten mehr an die Spitze treten.“¹¹

Auf dem Rathaus, dem Brandenburger Tor und auf dem inzwischen besetzten kaiserlichen Schloss werden jedoch rote Fahnen gehisst, hier hat die MSPD wenig zu melden. Als

Gegenentwurf zu Scheidemanns „freier Deutscher Republik“ ruft Karl Liebknecht gegen 16 Uhr vor dem Schloss die Freie Sozialistische Republik aus:

„Die Herrschaft des Kapitalismus, der Europa in ein Leichenfeld verwandelt hat, ist gebrochen ... Wir müssen alle Kräfte anspannen, um die Regierung der Arbeiter und Soldaten aufzubauen und eine neue staatliche Ordnung des Proletariats zu schaffen, eine Ordnung des Friedens, des Glücks und der Freiheit!“¹²

Am Abend dieses Tages, gegen 20 Uhr, besetzt eine Gruppe von mehr als 100 RevolutionärInnen – darunter VertreterInnen von Räten, SpartakistInnen und Revolutionäre Obleute – den Reichstag, da sie weder in Ebert noch in die sonstige MSPD-Führung Vertrauen haben. Sie bilden ein provisorisches Revolutionsparlament. Sie rufen alle Betriebe und Garnisonen auf – sofern das nicht schon geschehen ist – am kommenden Tag Räte zu wählen. Um der MSPD die Initiative zu entreißen, setzen sie ebenfalls für den kommenden Tag, den 10. November, um 17 Uhr eine Vollversammlung aller Berliner ArbeiterInnen- & Soldatenräte an.

Ebert, der am selben Abend darüber informiert wird, erkennt darin eine ernste Gefahr für die kapitalistischen Verhältnisse und da die Versammlung nicht mehr zu verhindern ist, setzt er noch in der Nacht den ganzen, weitverzweigten Parteiapparat und die von der MSPD dominierten Gewerkschaftsgliederungen in Bewegung. Er schickt RednerInnen zu allen Berliner Soldatenregimentern und in die Betriebe, die die Wahlen für die SPD beeinflussen und die Beteiligung der USPD an der Regierung bekannt geben sollen. Die Revolutionären Obleute planen, bei der Versammlung am nächsten Tag auch die Wahl eines „Vollzugsrates der Arbeiter- und Soldatenräte“¹³ einzufordern, der die Aktivitäten der ArbeiterInnen- und Soldatenräte koordinieren und vor allem die neue Regierung kontrollieren soll. Der Aktionsausschuss soll eine – so der Plan – von den SpartakistInnen und von Revolutionären Obleuten beherrschte Gegenregierung mit eigenem Machtanspruch werden.

Am 9. November werden von den ArbeiterInnen und Soldaten eine Vielzahl gravierender Veränderungen erkämpft: Die kaiserliche Monarchie ist gestürzt und der Krieg ist endgültig beendet. Flächendeckend werden ArbeiterInnen- & Soldatenräte nach russischem Vorbild eingerichtet. Der 8-Stunden-Tag, Versammlungsfreiheit und Pressefreiheit werden durchgesetzt. Auch die Grundlagen für die später erkämpfte betriebliche Mitbestimmung werden hier gelegt. Es wird das allgemeine Wahlrecht – erstmals auch für Frauen – eingeführt. Und zu guter Letzt wird die Republik ausgerufen – und das gleich in zwei unterschiedlichen Variationen. ArbeiterInnenmassen auf den Straßen, ein Sozialdemokrat als Reichskanzler und ein Kommunist, der eine rote Republik ausruft? Die Bourgeoisie sieht ihren Thron wackeln. Doch die Führung der MSPD ist bereit, die Revolution von innen zu entkräften.

**„DIE HERRSCHAFT DES
KAPITALISMUS, DER EUROPA
IN EIN LEICHENFELD
VERWANDELT HAT, IST
GEBROCHEN ...
WIR MÜSSEN ALLE KRÄFTE
ANSPANNEN, UM DIE
REGIERUNG DER ARBEITER
UND SOLDATEN AUFZUBAUEN
UND EINE NEUE STAATLICHE
ORDNUNG DES PROLETARIATS
ZU SCHAFFEN, EINE ORDNUNG
DES FRIEDENS, DES GLÜCKS
UND DER FREIHEIT!“**

-
1. Spartakus Flugblatt „Die Rote Fahne über Kiel, Hamburg, Bremen, Lübeck“. – Dokumente und Materialien, R. II, Bd. 2, S. 296 f.; zitiert nach Drabkin S. 114
 2. Von Baden, Max: Erinnerungen und Dokumente; zitiert nach Langer, Bernd: Revolution und bewaffnete Aufstände in Deutschland 1918 – 1923, AktivDruck und Verlag, Göttingen 2009, S. 114
 3. Noske, Gustav: Erlebtes, S. 70; zitiert nach Drabkin, S. 117
 4. Vgl. Pittler, Andreas: Geschichte Österreichs. 1918 bis heute, Papyrossa-Verlag, Köln 2018
 5. Drabkin, S. 149
 6. Reents, J.: Die deutsche Revolution 1918 – 1923, Verlag Arbeiterkampf, Hamburg, 1974 S. 19 f.
 7. IML, ZPA, Nr. 9/15, Bl.94; zitiert nach Drabkin S. 152
 8. Drabkin S. 153
 9. Drabkin S. 153
 10. zitiert nach Reents, S. 19
 11. Extrablatt der Roten Fahne vom 09.11.1918; zitiert nach Drabkin, S. 163
 12. Zitiert nach Steigerwald / Krause S. 299
 13. Parallel dazu wird die Bezeichnung „Aktionsausschuss“ verwendet



4. DAS RINGEN UM DIE KÜNFTIGE POLITISCHE ORDNUNG IM WINTER 1918/19 – ZWISCHEN REVOLUTION UND KONTERREVOLUTION

4.1 Weichenstellungen nach der Revolution – die Versammlung im Zirkus Busch und die Bestätigung der „Sozialistischen Regierung“

Von einigen wird die Revolution bereits als gewonnen und vollendet betrachtet. Doch diese Ansicht stellt sich als fataler Irrtum heraus.

„Die politisch-ideologische Erziehungsarbeit in der deutschen Arbeiterbewegung wies gerade auf dem entscheidenden Gebiet des Klassenkampfes und der Staatsmacht, der sozialistischen Revolution, ernste Mängel auf.“¹

Die „Rote Fahne“ warnt in ihrer zweiten Ausgabe:

„Diese Revolution muss nicht nur hinwegschwemmen alle Reste und Ruinen des Feudalismus, sie muss nicht nur brechen alle Zwingburgen des Junkertums ...ihre Losung heißt nicht nur Republik, sondern sozialistische Republik! ... Noch stehen wir am Anfang dieses schwierigen ... Weges. Nicht gilt es, sich vorschnell des errungenen Sieges zu erfreuen...“²

Es fanden politische Veränderungen statt und es wurden soziale Reformen durchgeführt, die kapitalistischen Verhältnisse im Gesamten bleiben jedoch zunächst bestehen. Am **10.11.18** sowie an den darauffolgenden Tagen und Wochen wird erbittert um die Weichenstellung für die Ausrichtung der jungen Republik gekämpft.

„Die nächsten Tage werden zu einem Wettlauf um die Macht. Setzt sich Eberts Linie durch und sichert einen geordneten Machtübergang von der alten zur neuen Regierung, ohne an den Grundfesten der sozialen Ordnung zu rütteln? Oder gelingt es den USPDlern, Spartakus, den Obleuten (...) die neue basisdemokratische Macht zu etablieren und mit der Sozialisierung ernst zu machen, die Betriebe und Bergwerke in die Hand der Arbeiter zu überantworten?“³

Am Vormittag des **10.11.18** schult die Führung der MSPD ihre FunktionärInnen und ihre VertreterInnen in den Räten auf einer gut besuchten Versammlung. Ihre Taktik zielt auf die Spaltung der schwankenden USPD und auf

eine Isolierung der RevolutionärInnen. Die ausgegebenen Losungen sind an Zynismus kaum zu überbieten: „Einheit der Sozialisten“, „Kein sinnloser Bruderkampf“ und „Spartakus spaltet die Arbeiterklasse“. Die Spartakusgruppe verfügt über keinen derart verzweigten Parteiapparat wie die MSPD oder über selbstständige Massenorganisationen auf die sie sich stützen kann. Dennoch läuft ihre Agitation auf Hochtouren. Sie ruft alle ArbeiterInnen und Soldaten über die Zeitung „Rote Fahne“ dazu auf, die Waffen nicht abzugeben und stattdessen die Polizei und die Offiziere zu entwaffnen. Sie fordert die sofortige Herstellung eines „proletarisch-sozialistischen Friedens“ und ruft dazu auf, alle Monarchien abzuschaffen, alle Macht durch ArbeiterInnen- & Soldatenräte ausüben zu lassen und dafür einen reichsweiten ArbeiterInnen- & Soldatenrat zu schaffen. Nichts weniger als die „Umgestaltung der Gesellschaft in eine sozialistische“ und die Errichtung der „einheitlichen sozialistischen Republik Deutschland“ ist ihr Programm. Dazu sollen u.a. sämtliche Produktionsmittel und Gebrauchsgüter sozialisiert werden und die Kapitalisten und Großgrundbesitzer enteignet werden. Ferner gelte es, mit den sozialistischen Parteien im Ausland, insbesondere mit der in Sowjetrußland, offiziellen Kontakt herzustellen.⁴

Spartakus agitiert gegen die MSPD:

„Jetzt, da der deutsche Imperialismus zusammenbricht, suchen sie für die Bourgeoisie zu retten, was noch zu retten ist, und suchen die revolutionäre Energie der Massen zu ersticken. Es darf kein ‚Scheidemann‘ mehr in der Regierung sitzen: es darf kein Sozialist in die Regierung eintreten, solange ein Regierungssozialist noch in ihr sitzt. Es gibt keine Gemeinschaft mit denen, die euch vier Jahre lang verraten haben. Nieder mit dem Kapitalismus und seinen Agenten! Es lebe die Revolution! Es lebe die Internationale!“⁵

Die Warnung vor der Zusammenarbeit mit Ebert und seinen Leuten richtet sich an die AnhängerIn der USPD, in deren Reihen viele revolutionäre KämpferInnen stehen. Doch die Parteiführung der USPD wird von der MSPD

bedrängt und regelrecht vor sich hergetrieben. Sie hat sich schon hinter verschlossenen Türen mit der MSPD auf die Bestätigung der neuen Regierung, des Rates der Volksbeauftragten, geeinigt. Die Führung der USPD wird mit Posten belohnt.

Ebenfalls am **10.11.1918** verbünden sich Ebert und General Groener. Groener versichert die Loyalität des kaiserlichen Militärs, sowie die MSPD nicht zu stürzen, wohingegen Ebert dem General versichert, die Kommandogewalt und Ordnung in der Truppe aufrecht zu erhalten. Dieser Pakt ist der Anfang eines „Bündnisses gegen den Bolschewismus“.

Am Nachmittag findet schließlich im Zirkus Busch eine Zusammenkunft von 3.000 VertreterInnen aus Betrieben und verschiedenen Garnisonen statt. Die Mandate werden allerdings nicht kontrolliert. Den Vorsitz der Zusammenkunft hat Emil Barth von den Revolutionären Obleuten. Bei dieser Sitzung macht sich die organisatorische Überlegenheit der MSPD bemerkbar: Die Mehrheit der anwesenden ArbeiterInnen und Soldaten ist auf deren Seite. Um die RevolutionärInnen und die Unentschlossenen auf ihre Seite zu ziehen, nutzen Ebert und Konsorten revolutionäres Vokabular: Vom „Aufbau der Wirtschaft nach sozialistischen Grundsätzen“, vom „Geiste des internationalen Sozialismus“, einer „sozialistischen Regierung“ und von der „Einheit“ sprechen sie und wollen sich gegen die „Erhebung der Konterrevolution“ einsetzen. Doch in seiner Rede warnt Liebknecht: „Die Gegenrevolution ist bereits auf dem Marsche, sie ist bereits in Aktion! Sie ist bereits hier unter uns! Wer hat zu ihnen gesprochen, waren das Freunde der Revolution?“ Die Revolution werde von verschiedenen Seiten bedroht:

„(...) nicht nur aus Kreisen, die bis dahin das Heft in der Hand gehabt haben, als Scharfmacher, Agrarier, Junker, Kapitalisten, Monarchisten, Fürsten, Generäle, sondern auch von jenen, die heute mit der Revolution gehen und vorgestern noch Feinde der Revolution waren.(...) Seid vorsichtig mit der Wahl der Männer, die ihr in die Regierung setzt, in der Wahl eurer Führer, die ihr vertrauensvoll in die Soldatenräte setzt.

(...) Der einfache Soldat in allererster Linie muss das Heft in der Hand behalten. (...) In der Provinz sind verschiedentlich höhere Offiziere als Vorsitzende der Soldatenräte gewählt worden. (...) Ich sage Euch: Feinde ringsum! (...) In heimtückischer Weise wird die Soldatenorganisation von den Feinden der Revolution für ihre Zwecke ausgenutzt. (...) Ich weiß, wie unangenehm ihnen diese Störung ist, aber wenn sie mich erschießen – ich werde das aussprechen, was ich für notwendig halte! (...) Der Triumph der Revolution wird nur möglich sein, wenn sie zur sozialen Revolution wird, nur dann wird sie Kraft besitzen, die Sozialisierung der Wirtschaft, Glück und Frieden für alle Ewigkeit zu sichern!“⁶

Die Debatte wird sehr hitzig geführt, immer wieder sprechen mehrere RednerInnen zur gleichen Zeit, bewaffnete Soldaten stürmen die Manege. Die Versammlung ist mehrmals kurz davor abgebrochen zu werden. Die Forderung der Revolutionären Obleute, einen Vollzugsrat zu wählen und damit neben dem Rat der Volksbeauftragten eine weitere Machtinstant einzusetzen, die die Regierung kontrolliert, facht die Debatten zusätzlich an. Die MSPD-Führung kann die Einrichtung eines Kontrollorgans nicht verhindern, erreicht aber letztlich, dass der 24-köpfige „Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte Großberlin“ mit jeweils sechs Vertretern von MSPD und USPD, sowie mit 12 Vertretern der Soldaten besetzt wird, die mehrheitlich der MSPD nahe stehen.

Der Tags zuvor gegründete sechsköpfige „Rat der Volksbeauftragten“ wird durch die Versammlung bestätigt, er übernimmt die vorläufige Regierungsgewalt im deutschen Reich und wird damit zur offiziellen Übergangsregierung. Für die MSPD sitzen im Rat der Volksbeauftragten: Ebert, Scheidemann und der Magdeburger Reichstagsabgeordnete Landsberg. Die USPD entsendet ihren Vorsitzenden Haase und den Reichstagsabgeordneten Dittmann, sowie Barth für die Revolutionären Obleute. Mit dem Aufruf der Vertreter der MSPD, die Streiks zu beenden und die Arbeit wieder aufzunehmen, schließt die Versammlung.

11.11.18: Ein Manifest, das am nächsten Tag veröffentlicht wird, fasst die wesentlichen Inhalte des Kongresses zusammen: Neben den Forderungen nach dem sofortigen Sturz aller Dynastien und einem sofortigen Abschluss eines Friedensvertrags ist dort zu lesen, dass eine sozialistische Republik geschaffen werden soll und die ArbeiterInnen- & Soldatenräte die Träger der politischen Macht sein sollen. Es werden Grüße an die ArbeiterInnen und Soldaten in Sowjetrußland gesandt und der Auftrag an die Regierung formuliert mit diesen diplomatisch Beziehungen aufzunehmen. Das alles sind wohlklingende Worte, die reale Regierungsgewalt liegt jedoch bei denen, die die Revolution bekämpfen - der MSPD. Die politische Unerfahrenheit und die Vertrauensseligkeit der Mehrheit der ArbeiterInnen und Soldaten lässt sie die Macht aus den Händen geben anstatt an ihr festzuhalten. Nicht nur in Berlin, überall im Deutschen Reich, blockieren die VertreterInnen der MSPD revolutionäre Schritte der ArbeiterInnen- und Soldatenräte. Sie bedienen sich zwar revolutionären Vokabulars, tun jedoch alles dafür, die Revolution in bürgerlichen Schranken zu halten.

Am 11. November wird zudem der Waffenstillstand mit den Entente-Mächten unterschrieben und damit dem vier Jahre andauernden Krieg ein Ende gesetzt. Die Beendigung des Krieges lässt viele auf ein besseres Leben hoffen und ermöglicht es dem „Rat der Volksbeauftragten“ sich als „Friedensmacher“ feiern zu lassen.

Am **12.11.18** veröffentlicht dann die neue Regierung, der „Rat der Volksbeauftragten“, ihr Regierungsprogramm. Abermals wird vom Sozialismus geredet. Im Vergleich zu dem Manifest, das nach der Versammlung im Zirkus Busch verfasst wurde, ist das Regierungsprogramm ein deutlicher Rückschritt. Das bisher Erreichte wurde zwar festgehalten, aber bereits der 8-Stunden-Tag sollte nicht sofort eingeführt werden. Die verschwommene Regierungserklärung spricht nicht von der Vergesellschaftung der Produktionsmittel, der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Sowjetrußland, auch die kommende Rolle der Räte wird ausgeklammert. Unzweifelhaft wird jedoch formuliert, dass die kapitalistische Pro-

duktion aufrechterhalten werden soll und, dass das Privateigentum der Kapitalisten weiter geschützt werden soll. Die diesbezüglichen Gesetze der alten Regierung blieben in Kraft.

4.2. Rätewacht oder Nationalversammlung – die Konterrevolution am Werk

Auf den „Rat der Volksbeauftragten“ kamen gewaltige Aufgaben zu: Die Rückführung der Fronttruppen, die Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung, die Wirtschaft – die völlig auf den Krieg ausgerichtet worden war – musste wieder auf zivile Produktion umgestellt werden. Die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt verschärfte sich durch die Kriegsheimkehrer, die zu Hunderttausenden von den Fronten zurückkamen, die Staatsgewalt sollte stabilisiert werden und eine neue Außenpolitik war zu gestalten. Zudem standen noch die Friedensverhandlungen mit den Siegermächten an.

Für die ArbeiterInnenbewegung stellte sich derweil die Frage nach dem Fortgang der Revolution. MSPD und Teile der USPD riefen zur Wahl einer Nationalversammlung auf. Eine bürgerliche Republik sollte errichtet werden, in der die alten wirtschaftlichen Verhältnisse fortbestehen und die Räte entmachtet wären. Unter Ausnutzung politischer Desorientierung, parlamentaristischer Illusionen und der allgemeinen Kriegsmüdigkeit trommelt die neue Regierung nun „Für Demokratie“, „Für Ruhe und Ordnung“ und „Gegen den Bolschewismus“. Um auch den klareren Teil der ArbeiterInnen für sich zu gewinnen, nutzt sie aber nach wie vor sozialistisches Vokabular, beispielsweise gibt sie die Parole aus: „Sozialisierung marschiert!“. Es wird sogar eine „Sozialisierungskommission“ gegründet – in der allerdings auch Konzernchefs sitzen und die gerade mal die Befugnis zugestanden bekommt, Vorschläge zu unterbreiten. Das MSPD-Blatt „Vorwärts“ schreibt über die Aufgaben der Sozialisierungskommission:

„Aufgabe der Sozialisierungskommission wird es sein, von vornherein beruhigend zu wirken in dem Sinne, dass keine unvernünftigen Experimente zu befürchten sind.“⁷

In diesem Sinne steht auch das „Arbeitsgemeinschaftsabkommen“⁸ vom **15.11.18**, zwi-

schen MSPD-nahen GewerkschaftsführerInnen und führenden Monopolisten. Die Gewerkschaften bekommen die Zusicherungen, dass der 8-Stunden-Tag eingeführt werde und die Gewerkschaften als Verhandlungspartner anerkannt seien. Im Gegenzug verpflichten sich die GewerkschaftsführerInnen nur noch Lohnforderungen zu stellen, weitergehende betriebliche und politische Kämpfe auszuschließen und nicht zu enteignen.

Doch nicht überall hat die Konterrevolution die Initiative. Spartakus, die Revolutionären Obleute und der linke Flügel der USPD agieren für die Errichtung der Räte-macht bzw. die Alleinherrschaft der Räte, die Enteignung von Großbetrieben und die Demokratisierung von Armee und Verwaltung. Die Parole „Alle Macht den Arbeiter- & Soldatenräten“ findet immer mehr AnhängerInnen. Lokal begrenzt können Linke in den Räten Mehrheiten bilden. So werden beispielsweise in Bremen Polizei und Lehrerschaft von reaktionären Elementen gesäubert und eine Rote Garde aufgestellt. In Braunschweig werden die herzoglichen Güter zu Volkseigentum erklärt und die großen Leuna-Werke in Mitteldeutschland werden der Leitung eines ArbeiterInnenrats unterstellt. Anders als im revolutionären Russland stehen die Bäuerinnen und Bauern in Deutschland nicht an der Seite der Revolution. Ein Bündnis zwischen städtischem und ländlichem Proletariat existiert so gut wie nicht. Das Problem wird von Spartakus erkannt, Karl Liebknecht schreibt:

„Das deutsche Proletariat besitzt heute die politische Macht. Hält dieser Satz bestand? Wohl in allen größeren Städten Deutschlands sind Arbeiter- & Soldatenräte gebildet; (...) in den kleineren Städten ist oft alles beim Alten geblieben oder nur dekorativ gewandelt.“⁹

Auch Rosa Luxemburg sieht darin eine der größten Schwächen der Revolution:

„Wenn wir ernst machen wollen mit einer sozialistischen Umgestaltung, müssen sie ihr Augenmerk ebenso auf das flache Land richten, wie auf die Industriezentren, und hier sind wir leider noch nicht einmal beim

Anfang eines Anfangs.“¹⁰

Obwohl das Problem erkannt wurde, konnte es – angesichts der organisatorischen Schwäche der RevolutionärInnen abseits der großen Städte – nirgendwo wirklich behoben werden.

Am 20.11.18 werden in Berlin und vielen anderen deutschen Städten die Opfer der Revolution feierlich beerdigt. In Gedenken an die RevolutionärInnen, die bei den Kampfhandlungen gefallen sind, erinnert Karl Liebknecht in einer Rede erneut daran, sich nicht die Errungenschaften der Revolution von der MSPD-Führung aus der Hand nehmen zu lassen.

Seit Anfang Dezember lässt die OHL nun Freiwilligenverbände, sogenannte Freikorps aufstellen, um gegen die revolutionäre Bewegung vorzugehen. Freikorps setzen sich vor allem aus Offizieren der alten Armee, sowie aus reaktionären Studierenden, antirevolutionären KleinbürgerInnen und verblendeten proletarischen und lumpenproletarischen Elementen zusammen. Die Freikorps kämpfen überwiegend nicht „Für die bürgerliche Republik“, sondern „Gegen den Bolschewismus“. Innerhalb der Freikorps dominiert eine rechtsradikale Ideologie, sie gelten als Keimzellen der später entstehenden faschistischen Bewegung. Viele Mitglieder der NSDAP wie etwa Ernst Röhm, der spätere Führer der SA, sind Mitglieder der Freikorps. HistorikerInnen beschreiben sie als Truppe, „die in Wirklichkeit bereits gute Nazis waren, nur ohne den Namen.“¹¹ Sie sind „bis zur personellen Identität, und erst recht in Ansichten, Gehabe und Kampfstil einfach dasselbe wie die späteren Nazi-Sturmtruppen.“¹² Sie benutzen teilweise schon das Hakenkreuz als Symbol.

Die alten Generäle bereiten mit dem Wissen Eberts einen konterrevolutionären Putsch vor. Am 6.12.18 schreiten sie zur Tat, die Revolution soll zerschlagen werden, die Macht, die die Räte noch innehaben soll auch militärisch gebrochen werden. Freikorps versuchen, den Berliner Vollzugsrat zu verhaften und Ebert zum Reichspräsidenten auszurufen. Es soll eine Militärdiktatur mit ihm als Galionsfigur installiert werden. Als Reaktion darauf formiert sich eine – teilweise bewaffnete – Massende-

monstration aus ArbeiterInnen, revolutionären Soldaten und Matrosen um die bisherigen Erregenschaften zu verteidigen. In Folge von Auseinandersetzungen schießen die Freikorps in die Menge, auf Seiten der RevolutionärInnen sterben 18 Menschen.

Infolgedessen bewaffnen sich immer mehr ArbeiterInnen und Soldaten, um den Vollzugsrat zu befreien. Teile der Freikorps überwältigt die Angst vor den bewaffneten Massen, sie verweigern den Schießbefehl und es kommt zur Freilassung des Vollzugsrats. Der Putschversuch verdeutlicht einmal mehr die Zusammenarbeit der Führung der MSPD mit reaktionären Elementen. Doch er wird durch den entschiedenen Widerstand der ArbeiterInnen und Soldaten zurückgeschlagen. Der Reaktion wird klar, dass sie mehr Zeit benötigt um Truppen aufzustellen, die die Revolution militärisch auslöschen können. Der „Rat der Volksbeauftragten“ entscheidet sich daher für eine Hinhaltepolitik und beschließt an diesem Tag die Wahlen zu einer Nationalversammlung erst am 19.01.19 durchzuführen. Am 10.12.18 werden in Berlin einziehende heimkehrende Frontverbände von Ebert persönlich begrüßt. Die zusätzlichen Truppen sollen für „Ruhe und Ordnung“ sorgen. Währenddessen benennt Karl Liebknecht auf einer Massenkundgebung Ebert und Scheidemann als Komplizen des Putsches vom 6. Dezember und fordert die Weltrevolution. Wenige Tage später, am 14.12.18 wird in der „Roten Fahne“ das von Rosa Luxemburg ausgearbeitete Programm des Spartakusbundes veröffentlicht. Es „gab eine marxistische Antwort darauf, wie die Arbeiterklasse zur Macht gelangen und sie zum Nutzen der arbeitenden Menschen handhaben muss. Es bildete das geistige und politische Gerüst für den Kampf der revolutionären Kräfte“¹³. Darin wird die Entmilitarisierung Deutschlands, die Verurteilung der Verantwortlichen, sowie der Aufbau eines sozialistischen Einheitsstaats auf Rätebasis gefordert, die mit der revolutionären Erhebung des Weltproletariats einhergehen soll.

4.3 Der Reichsrätekongress

Vom 16. - 20.12.18 findet in Berlin der Reichskongress der deutschen ArbeiterInnen- und

Soldatenräte statt, der vom Vollzugsrat der ArbeiterInnen- und Soldatenräte einberufen worden war. Bei dem Kongress soll die Grundfrage der Revolution entschieden werden: Räte-macht oder Nationalversammlung, Sozialismus oder bürgerlich-kapitalistische Republik.

Per Abstimmung entscheidet sich der Kongress zu Gunsten von baldigen Wahlen zur Nationalversammlung, der Wahltermin am 19.01.19 wird bestätigt. Im weiteren Verlauf wird es abgelehnt am „Räteexperiment“ festzuhalten und den Räten die gesetzgebende und vollziehende Gewalt zuzugestehen. Bis die Verhältnisse durch die Nationalversammlung geregelt werden, wird der „Rat der Volksbeauftragten“ zur gesetzgebenden und vollziehenden Gewalt. Die Räte geben freiwillig ihre ganze Macht an die Ebert-Scheidemann Regierung ab, der Vollzugsrat der ArbeiterInnen- und Soldatenräte wird abgesetzt. Damit haben die Räte ihr eigenes Todesurteil unterschrieben. Anstatt des Vollzugsrats wird der „Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik“ eingesetzt, der nur aus VertreterInnen der MSPD besteht und darüber hinaus keine Befugnisse auf Reichsebene sondern nur Scheinfunktionen hat. Der Kongress ist ein Wendepunkt im Ablauf der revolutionären Ereignisse. Bei ihm werden die Weichen für eine parlamentarische Demokratie im Sinne der MSPD und Kapitalisten gestellt.

Ein Blick auf die Zusammensetzung der Delegierten beantwortet die Frage, wie es zu diesen Beschlüssen kommen konnte. Von 489 Stimmberechtigten waren 405 Delegierte aus ArbeiterInnen- & Soldatenräten, die sich wie folgt zusammensetzten: 288 MehrheitssozialdemokratInnen (absolute Mehrheit), 90 USPDler, darunter 10 SpartakistInnen, 1 Rittergutspächter, 13 aktive Offiziere und diverse bürgerliche Delegierte. Die Zusammensetzung und die daraus resultierenden Beschlüsse des Reichsrätekongress zeigen die Schwächen der revolutionären Kräfte auf. Die deutsche ArbeiterInnenklasse besitzt keine eigenständige organisierte Kraft – in Form einer kommunistischen Partei – und dem Spartakusbund fehlen die organisatorische wie auch die politisch-ideologische Kraft, um die Mehrheit in den Räten zu gewinnen,

wohingegen die sozialdemokratischen FührerInnen bei den Wahlen zum Rätekongress ihren gesamten Partei- und Gewerkschaftsapparat einsetzen konnten.

Doch Spartakus gibt nicht auf. Während des Kongresses sind 250.000 Menschen für dessen Programm auf der Straße. Luxemburg, Liebknecht und weitere Führungspersönlichkeiten sprechen täglich auf mehreren Versammlungen, Kundgebungen, in Betrieben und Kasernen um die Massen für das Konzept der Räte-macht zu gewinnen. Der Spartakusbund setzt nach dem Reichskongress der Räte jetzt auf proletarische Massenaktionen, was die politische Spannung steigert. Durch die Beschlüsse des Kongresses und der neuen Taktik des Spartakusbundes ist man in eine neue Phase der Entwicklung der Revolution eingetreten. Die Konterrevolution hatte sich formiert, organisiert und war bereit zu kämpfen.

4.4 Blutweihnachten

Bereits in den Tagen der Revolution hatten sich ca. 2.000 revolutionäre Matrosen in Berlin im kaiserlichen Schloss und in angrenzenden Gebäuden einquartiert. Auch später noch sind dort bis zu 3.000 Matrosen stationiert. Sie waren im November nach Berlin gekommen, um die Revolution zu schützen, verwalteten sich selbst und bildeten die „Volksmarinedivision“. Im Dezember 1918 galten sie als letzte Bastion der Räte-macht. Nach langer Diskussion beschließen sie am 23.12.18, die Reichskanzlei zu belagern um ihren überfälligen Sold einzufordern. Weiter wollen sie gegen die Anweisung protestieren, dass sie das Schloss verlassen sollen.

Die MSPD hat berechnete Angst vor der Division, sie will sie daher entwaffnen und auflösen. Die Belagerung kommt für sie wie gerufen. Ebert jammert: Er sehe sich „einer Erpressung ausgeliefert“ und lässt gegen die Volksmarinedivision mobilisieren. Er fordert Soldaten zur Unterstützung an und beruft sich dabei auf den Ebert-Groener Pakt. Mit diesem Schritt wird erstmals öffentlich das reaktionäre Bündnis zwischen Ebert und den kaiserlichen, anti-revolutionären Truppen deutlich. In den frühen

Morgenstunden des 25.12.18 wird die Volksmarinedivision, die sich inzwischen wieder in Schloss und Marstall zurückgezogen hat, unter dem Befehl von General Lequis von der „Garde-Kavallerie-Schützendivision“ mit Minenwerfern und schweren Geschützen angegriffen. Die Matrosen verteidigen sich mit Maschinengewehren und Handfeuerwaffen. Stundenlange Gefechte folgen. Die Revolutionären Obleute und Spartakus alarmieren in ganz Berlin ArbeiterInnen gegen die Militärs, Tausende sind am frühen Morgen auf der Straße um den Matrosen zu Hilfe zu eilen. Sie stellen sich massenhaft den herangekarrten Soldaten und Geschützen in den Weg. Damit hatten Ebert und die Generäle nicht gerechnet. Durch den aufgebauten Druck, den tausenden von Menschen auf der Straße und dem entschlossenen Widerstand der Matrosen bricht der Angriff der konterrevolutionären Truppen in sich zusammen. Die RevolutionärInnen haben erneut eine Schlacht gewonnen.

Im gesamten deutschen Reich gibt es große Empörung über die Angriffe und über das Verhalten des „Rats der Volksbeauftragten“. Unter dem Eindruck der nun offensichtlich gewordenen Allianz zwischen der Regierung und den konterrevolutionären Truppen und der daraus resultierenden massiven Gewalt wird aus der USPD der Ruf nach dem Ausstieg der Partei aus der Regierung schnell lauter und bald unüberhörbar. Am 28.12.18 werden die „Volksbeauftragten“ der Unabhängigen SozialdemokratInnen aus der Regierung zurückgezogen. Durch den Austritt der drei USPDler aus der Regierung rücken MehrheitssozialdemokratInnen, u.a. Gustav Noske nach und komplettieren die MSPD- Regierung. Das neue Kabinett nennt sich von nun an „Reichsregierung“ und kann nun einen noch offeneren konterrevolutionären Kurs fahren. Durch diese Entscheidung war nur noch Emil Eichhorn, Mitglied der USPD, als Polizeipräsident von Berlin in einer wichtigen politischen Position auf der Seite der Revolution.

Die meisten der ArbeiterInnen und Soldaten gehen nach der gewonnenen Schlacht in Berlin-Mitte nach Hause zu ihren Familien, um Weihnachten und ihren Sieg zu feiern. Das

verschafft den konterrevolutionären Truppen wertvolle Zeit, sich neu zu formieren. So kommt es, dass sich ab dem 28.12.18 im Umland von Berlin Freikorps sammeln. Die MSPD-Regierung beginnt um die Jahreswende 1918/ 19, durch Plakatanschläge und Anzeigen im „Vorwärts“, Freiwillige anzuwerben. Etwa 400.000 Mann werden rekrutiert. Sie werden durch einen 500 Millionen umfassenden „Antibolschewistenfonds“ finanziert, der durch die deutsche Wirtschaft regelmäßig gefüllt wird. Die Bourgeoisie versucht, durch offene Hetze, militärisches Vorgehen, Mord und Terror gegen die ArbeiterInnenklasse, die nahenden Wahlen in ihrem Interesse zu beeinflussen. Die Vorbereitungen des Kriegs gegen die ArbeiterInnenklasse haben begonnen. Am 29.12.18 findet vor dem Reichstag eine Demonstration von MehrheitssozialdemokratInnen unter dem – angesichts der Ereignisse – absurden Motto „Gegen die Blutdiktatur des Spartakus“ statt.

4.5 Die Gründung der KPD

Die MSPD verteidigt also die Klassenherrschaft gegen das revolutionäre Proletariat. Die Führung der USPD findet – trotz des revolutionären Potentials an der Basis – keine klare Linie. Die Partei hat keine theoretischen Grundsätze, kein ausgearbeitetes Aktionsprogramm. Die Führung schwankt, gibt nach, spielt das Spiel der MSPD mit und entwickelt keinen wirklichen Widerstand. Sie gaben dem „Rat der Volksbeauftragten“ bis zu ihrem Ausstieg den Schein einer „sozialistischen Regierung“ und sahen der Entmachtung der Räte tatenlos zu.

Dass eine revolutionäre marxistische Partei, die ideologisch und organisatorisch einheitlich auftreten kann und einen klaren Bruch mit dem Opportunismus und Reformismus vollzieht, für eine erfolgreiche sozialistische Revolution unabdingbar ist, das ist eine der entscheidenden Lehren aus der sozialistischen Oktoberrevolution in Russland. Lange hoffen einflussreiche ProtagonistInnen des Spartakusbundes, z.B. Rosa Luxemburg und Leo Jogiches, die zentristische Politik der Parteiführung der USPD öffnen den Mitgliedern die Augen und überzeuge sie von den Positionen der SpartakistInnen. Der bisherige Verlauf überzeugt schließlich auch die SpartakistInnen davon, dass die USPD kei-

ne Partei ist, die von Innen zu einer revolutionären Organisation gemacht werden kann. Der erbitterte Kampf zwischen Revolution und Konterrevolution macht die objektive Notwendigkeit einer eigenständigen kommunistischen Partei immer offensichtlicher.

Am 29.12.18 findet im preußischen Abgeordnetenhaus die Reichskonferenz des Spartakusbundes statt. Vorgegangen waren dieser Konferenz Versammlungen und die Wahl der Delegierten in den zahlreichen Ortsgruppen. Es nehmen 83 Delegierte aus 46 Orten, drei Vertreter des Roten Soldatenbundes und ein Vertreter revolutionärer Jugendgruppen teil. Die Debatte dreht sich die die Trennung der USPD und die Gründung einer eigenständigen Organisation. Tags darauf, am 30.12.18 erfolgt um 10 Uhr die Konstituierung einer neuen Partei. Aus dem historischen Beschluss des Parteitag:

„Unter Lösung seiner organisatorischen Beziehungen zur USP konstituiert sich der Spartakusbund als selbstständige politische Partei unter dem Namen: Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund).“¹⁴.

Neben dem Spartakusbund schließen sich der neuen Organisation auch die „Internationalen Kommunisten Deutschlands“ an, die aus den „Bremer Linksradiكالen“, einer antimilitaristischen und revolutionären Abspaltung der SPD, hervorgegangen waren¹⁵. Die Revolutionären Obleute verhandeln über einen Beitritt, die Mehrheit steht jedoch noch unter USPD-Einfluss und stellt letztendlich unerfüllbare Bedingungen. Viele der Revolutionären Obleute sollten jedoch später in die KPD eintreten.

Liebknecht begründet auf dem Parteitag die Notwendigkeit, eine revolutionäre Partei zu schaffen:

„Es muss sofort gehandelt werden. Es gilt heute in aller Öffentlichkeit den Trennungsstrich zu ziehen und uns als neue selbstständige Partei zu konstituieren, entschlossen und rücksichtslos, geschlossen und einheitlich im Geist und Willen, mit klarem Programm, Ziele und Mittel zusammengestellt nach den Interessen der sozialistischen Weltrevolution.“¹⁶ [und] „ein Länger

in der USP Verweilen hieße die Pflichten gegen das Proletariat, den Sozialismus und die Revolution aufs schwerste verletzen.¹⁷

Ein weiterer wichtiger Punkt auf dem Parteitag ist der Umgang mit den anstehenden Wahlen zur Nationalversammlung. Um die Frage, ob man sich an den Wahlen beteiligen solle oder nicht, entbrennt eine hitzige Debatte. Die BefürworterInnen einer Beteiligung, unter ihnen Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, argumentierten damit, dass man den Wahlkampf und die Nationalversammlung als Bühne zur Aufklärung der Massen nutzen könne. Die GegnerInnen führen ins Feld, dass man weiter auf die Räte setzen müsse und Massenstreiks und bewaffnete Kämpfe das Mittel der Wahl seien. Letztendlich wird eine Beteiligung von einer großen Mehrheit abgelehnt.

Den Höhepunkt des Parteitages stellt der Beschluss über das Programm der neuen Partei dar. Begründet wird das Programm in einer Rede von Rosa Luxemburg:

„Nun, Parteigenossen, heute erleben wir den Moment, wo wir sagen können: Wir sind wieder bei Marx, unter seinem Banner. Wenn wir heute in unserem Programm erklären, die unmittelbare Aufgabe des Proletariats ist keine andere, als ... den Sozialismus zur Wahrheit und Tat zu machen und den Kapitalismus mit Stumpf und Stiel auszurotten, so stellen wir uns auf den Boden, auf dem Marx und Engels 1848 standen und von dem sie prinzipiell nie abgewichen waren!“¹⁸

Das Programm bekennt sich zur proletarischen Revolution und der Diktatur des Proletariats und beinhaltet eine scharfe Abgrenzung zu reformistischen Theorien des „demokratischen Sozialismus“ und des „friedlichen Hinüberwachens zum Sozialismus“ wie sie von MSPD und Teilen der USPD propagiert werden. Aus dem Programm:

„Es ist toller Wahn zu glauben, die Kapitalisten würden sich gutwillig dem sozialistischen Verdikt eines Parlaments, einer Nationalversammlung fügen, sie würden ruhig auf den Besitz, den Profit, das Vorrecht der Ausbeutung verzichten.“¹⁹

Um den Widerstand der Bourgeoisie zu brechen, müsse sich die ArbeiterInnenklasse in der proletarischen Revolution „das nötige Rüstzeug bereiten, sie muss lernen es zu gebrauchen – zum Kämpfen und Siegen. Eine solche Ausrüstung der (...) arbeitenden Volksmasse mit der ganzen politischen Macht für die Aufgabe der Revolution, das ist die Diktatur des Proletariats und deshalb die wahre Demokratie.“²⁰ Der Parteitag dauert bis zum **01.01.19** und endet mit der Bestätigung der zwölköpfigen Zentrale. Der Einfluss der jungen Partei unter den ArbeiterInnen ist zunächst noch zu gering, sie ist zu isoliert und zahlenmäßig zu klein um das Ruder noch einmal herumzureißen. Wenige Wochen nach ihrer Gründung ist sie verboten, ihre Mitglieder werden verfolgt und eingesperrt, ihre FührerInnen werden steckbrieflich gesucht und ermordet. Dennoch ist ihre Gründung das wichtigste Ergebnis der Novemberrevolution und der Geschichte der ArbeiterInnenbewegung in Deutschland.

4.6 Der Januaraufstand

Viel Zeit sich ihres neuen Daseins zu erfreuen hatte die junge Partei nicht. Gegen den Berliner Polizeipräsidenten Emil Eichhorn – ein linker USPDler – werden zum Jahreswechsel Korruptionsvorwürfe erfunden. Am **04.01.19** wird er durch den preußischen Innenminister Eugen Ernst von der MSPD abgesetzt. Regierungstreue Truppen stürmen das Polizeipräsidium, um die Absetzung durchzusetzen und die RevolutionärInnen zu unvorbereiteten Aktionen zu provozieren. Für diesen Plan haben sie mittlerweile genügend Freikorps rund um Berlin zusammengezogen.

Tags darauf, am **05.01.19**, veröffentlichen USPD, KPD und die Revolutionären Obleute einen gemeinsamen Aufruf, der dazu auffordert, die Errungenschaften der Revolution vor der Konterrevolution zu schützen. 500.000, teilweise bewaffnete RevolutionärInnen, demonstrieren unter der Losung „Nieder mit Ebert-Scheidemann“. Die neugegründete KPD ist zunächst überrascht und weder strukturell noch organisatorisch darauf vorbereitet die Führung zu übernehmen. Der Aufstand wird

von einem „Revolutionären Aktionsausschuss“ koordiniert, der aus VertreterInnen der Revolutionären Obleute, der KPD, dem linken Flügel der USPD, der Volksmarinedivision und anderer revolutionärer Truppenteile besteht. Der Ausschuss entsteht eher spontan und ist kaum vorbereitet. Gustav Noske später über die Situation: „Wenn die Massen entschlossene, zielklare Führer gehabt hätten, an Stelle von Schwadronen, hätten sie am Mittag dieses Tages Berlin in der Hand gehabt.“²¹ In Verkenning der tatsächlichen politischen Kräfteverhältnisse trifft er die Entscheidung zum Sturz der Regierung aufzurufen. ArbeiterInnen, Soldaten und Matrosen besetzen das Polizeipräsidium und andere öffentliche Einrichtungen, das Verlagsgebäude der MSPD-Zeitung „Vorwärts“ und andere Gebäude.

Am **06.01.19** beteiligen sich – allein in Berlin – eine halbe Million ArbeiterInnen an einem Generalstreik. In vielen anderen Städten Deutschlands kommt es zu Solidaritätsaktionen. Die Freikorps werden aus dem Umland direkt nach Berlin verlegt. Die KPD ist in einer Zwickmühle. Zum einen ist einer ihrer prominentesten Vertreter – Karl Liebknecht – mit im „Revolutionären Aktionsausschuss“ und hat somit den Aufruf zum Sturz der Regierung mit unterzeichnet. Die Mehrheit der Parteileitung sieht jedoch die Voraussetzungen für den finalen Kampf zum jetzigen Zeitpunkt als noch nicht bzw. nicht mehr gegeben. Die ArbeiterInnenklasse vertraue momentan eher auf die amtierende Regierung. Trotzdem lässt die KPD die streikenden und demonstrierenden ArbeiterInnen und Soldaten nicht im Stich.

Zu ersten Kampfhandlungen kommt es am **07.01.19**. Der Oberbefehl der Regierungstruppen in Berlin geht an Gustav Noske über. Er selbst charakterisiert seine Rolle so: „Meinetwegen! Einer muss der Bluthund werden, ich scheue die Verantwortung nicht.“²² Der rechte Sozialdemokrat ist freiwillig zum Henker der Revolution geworden. Auf Betreiben der USPD bietet der Aktionsausschuss Ebert und Scheidemann Verhandlungen an und fällt dem Aufstand und der organisierten ArbeiterInnenschaft in den Rücken. Die KPD tritt daraufhin aus dem Ausschuss zurück, erklärt sich jedoch ausdrücklich solidarisch mit den Revolutionä-

ren Obleuten und den kämpfenden ArbeiterInnen.

Die Verhandlungen werden bereits am folgenden Tag, dem **08.01.19**, durch die Regierung wieder abgebrochen. Sie setzt ganz auf eine militärische Lösung. Der erste Angriff unter dem neuen Oberbefehlshaber Noske wird gestartet. Regierungstruppen und Freiwilligenverbände beginnen mit der Erstürmung der in den Vortagen besetzten Eisenbahndirektion, des Haupttelegrafenamtes, der Reichsdruckerei und anderer öffentlicher Gebäude. Vor allem im Zeitungsviertel toben heftige Kämpfe. Der gesamte Straßenbahnverkehr in Berlin ruht, auch der Eisenbahnfernverkehr kommt zum Erliegen. Am **10.01.19** treffen sich VertreterInnen der „Antibolschewistischen Liga“ in Berlin mit einflussreichen Monopolkapitalisten wie Stinnes, Siemens und Borsig um die Finanzierung der Konterrevolution zu sichern. Die Kämpfe dehnen sich auf die gesamte Innenstadt aus.

Am **11.01.19** beginnt die Großoffensive der Nosketruppen im Zeitungsviertel. Zunächst werden nach heftigen Kämpfen der Vorwärts und das Polizeipräsidium erobert. Die RevolutionärInnen schlagen eine erbitterte Abwehrschlacht gegen die erdrückende Übermacht. Die Freikorps gewinnen in den Kämpfen die Oberhand und es kommt schließlich zur endgültigen und blutigen Niederschlagung des Aufstandes. Am **12.01.19** ist ganz Berlin von Noske-Truppen besetzt, der Belagerungszustand wird verhängt. Es finden Hetzjagden auf echte oder vermeintliche RevolutionärInnen statt. Der Terror fordert viele Todesopfer. Der Verdacht auf KPD-Mitgliedschaft reicht für eine standrechtliche Erschießung, oft wird gar nicht erst gefragt. In den ehemals umkämpften Stadtvierteln werden keine Gefangenen gemacht. In anderen Vierteln werden mehrere tausend ArbeiterInnen verhaftet.

Infolge des Aufstandes kommt es nun in ganz Deutschland zu Erhebungen: In Bremen wird eine Räterepublik ausgerufen, brutale Straßenkämpfe mit Freikorps folgen. Im Ruhrgebiet, in Sachsen, in Thüringen, in Bayern und insbesondere in München kommt es zu vergleich-

baren Aufständen. Sie werden auf Anordnung der MSPD durch monarchistische und rechtsradikale Truppen niedergeschlagen. In Berlin kursieren Aufrufe auf Flugblättern und Plakaten die „linken Führer“ totzuschlagen, auch das MSPD-Blatt „Vorwärts“ macht mit. Gemeint sind KPD-FunktionärInnen – vor allem Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Obwohl sich die Situation für die beiden täglich verschlechtert, weigern sie sich Berlin zu verlassen. Der Leiter der „Antibolschewistische Liga“, Eduard Stadtler, erteilt den direkten Auftrag zum Mord an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg an den Freikorpsverband „Gardekavallerieschützendivision“ unter dem Kommando von Waldemar Pabst. Am 15.01.18 werden Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und Wilhelm Pieck verhaftet und in das „Hotel Eden“ gebracht. Pieck kann fliehen. Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg werden nach stundenlanger Folter ermordet. Karl Liebknecht wird im Tiergarten hinterrücks erschossen, Rosa Luxemburg wird bewusstlos geschlagen, erschossen und in den Landwehrkanal geworfen, erst Monate später wird ihre Leiche gefunden. Von offizieller Seite wird behauptet, dass sie „auf der Flucht erschossen wurden“. Als die Ermordung bekannt wird kommt es zu riesigen Trauerzügen durch Berlin. Tausende erweisen den Toten die letzte Ehre. Unter den gefallenen RevolutionärInnen befindet sich auch Karl Liebknecht. Für Rosa Luxemburg wird ein leerer Sarg beigesetzt. Lenin spricht von ihnen als „Führer der Sozialistischen Weltrevolution.“²³

4.7 Die Wahlen zur Nationalversammlung

Unter diesem Eindruck finden knapp eine Woche nach der Niederschlagung des Aufstands, am 19.01.19 die Wahlen zur verfassungsgebenden Nationalversammlung statt. Das bürgerlich-reaktionäre Lager hat sich optimale Bedingungen geschaffen. Die ProtagonistInnen der Revolution sind getötet, eingekerkert oder auf der Flucht, die „Rote Fahne“ ist verboten. Niemand stört den Urnengang. Die Wahlbeteiligung liegt bei 83%. Es gilt erstmals allgemeines und gleiches Wahlrecht, Frauen und Soldaten dürfen wählen. Alle Stimmen zählen gleich viel. Auch wird das Mindestalter von 25 auf 20

Jahre gesenkt. Die MSPD wird stärkste Partei. Das Ergebnis sichert den antirevolutionären Kräften eine absolute Mehrheit. Die KPD nimmt auf eigenen Beschluss nicht teil. Die Wahlen gelten als Zustimmung für den von der MSPD eingeschlagenen Weg Richtung bürgerlicher Demokratie und Republik. Es wird eine Koalition unter Philipp Scheidemann gebildet, die am 13. Februar ihr Amt antritt. Friedrich Ebert bleibt weiterhin Reichspräsident. Die Wahlen besiegeln das Ende der Revolution. Die KPD hat es nicht geschafft die revolutionäre Situation zu nutzen.

4.8 Warum konnte die MSPD so erfolgreich sein?

Die MSPD war gut organisiert, die Massen waren politisch unerfahren, die Vorstellungen über den Weg zum Ziel war verschwommen. Rechtssozialistische Führer wie Ebert, Scheidemann und Noske schafften es große Teile der ArbeiterInnenklasse in die Irre zu führen. Die ArbeiterInnenklasse hatte sich nicht vom Einfluss ihrer traditionellen Führer lösen können. Der Reformismus und der Opportunismus hatten volle Arbeit geleistet.

Als sich dann tatsächlich die Möglichkeit bot, das alte System zu überwinden, war die ArbeiterInnenklasse „ideologisch entwaffnet und nicht darauf vorbereitet, ihre historische Mission als Totengräber des Kapitalismus zu erfüllen.“²⁴ Lenin schreibt 1919:

„Solange die deutschen Arbeiter ebensolche Verräter am Sozialismus, Schurken und Lakaien der Bourgeoisie, die Scheidemänner und ihre ganze Partei, an der Macht dulden, solange kann von der Rettung des deutschen Volkes keine Rede sein. Solange bleibt das deutsche Volk in Wirklichkeit ... Mitschuldiger an ihren Verbrechen.“²⁵

Ein weiterer Grund für den Erfolg der SPD war die Mobilisierung schwankender, politisch un- aufgeklärter Zwischenschichten, sogenannter KleinbürgerInnen, also z.B. Handwerker, Klein- händler, untere Angestellte und Beamte.

„Eines der wissenschaftlich und praktisch-politischen Hauptmerkmale jeder wirklichen Revolution ist das ungewöhnlich schnelle, jähe, schroffe Anwachsen der Zahl

der zur aktiven, selbstständigen, tatkräftigen Anteilnahme am politischen Leben, an der Gestaltung des Staates übergehenden Kleinbürger.“²⁶

Viele KleinbürgerInnen hatten schon vor dem Krieg mit antikapitalistischen Ideen sympathisiert, da viele von ihnen ihre Existenz durch die rasant fortschreitende Industrialisierung bedroht sahen. Nur eine starke revolutionäre Organisation hätte die KleinbürgerInnen vom Einfluss der MSPD befreien können. Der sowjetische Historiker Jakov Drabkin fasst die Rolle Eberts, seiner GenossInnen und seiner Partei folgendermaßen zusammen:

„Natürlich erschöpft sich die Schuld der Regierungssozialisten nicht im Verrat einzelner Persönlichkeiten an der Arbeiterklasse – wie Eberts, Scheidemanns, Landsbergs und Noskes, Wels´ und Legiens´ sowie Dutzender anderer (obwohl unumstößliche Beweise für ihre persönliche Schuld an der Erdrosselung der Revolution und für ihre Henkersdienste an der revolutionären Avantgarde vorliegen). Auch lässt sich die Verantwortung der rechten Sozialdemokratie für die falsche und verhängnisvolle Praxis des Opportunismus in der Arbeiterbewegung nicht aus der Untersuchung der Novemberrevolution allein, ja nicht einmal allgemein aus der Geschichte eines Landes völlig erklären: Dazu sind die vielseitigen und verschiedenartigen Beziehungen zwischen Imperialismus und Opportunismus aufzudecken. Jedoch bezeugen gerade der Verlauf der Novemberrevolution ohne jeden Zweifel und mit großer Deutlichkeit, dass die gesamte politische Linie der rechten SPD-Führer arbeiterfeindlich (...) war.“²⁷

4.9 Trotz alledem!

Am Tag seiner Ermordung erscheint in der „Roten Fahne“ der letzte Artikel von Karl Liebknecht:

„Spartakus niedergerungen! O gemach! Wir sind nicht geflohen, wir sind nicht geschlagen. Und wenn sie uns in Bande werfen – wir sind da, und wir bleiben da! Und der Sieg wird unser sein. Denn Spartakus – das heißt Feuer und Geist, das heißt Seele

und Herz, das heißt Wille und Tat der Revolution des Proletariats... Denn Spartakus, das heißt Sozialismus und Weltrevolution... Noch ist der Golgathaweg der deutschen Arbeiterklasse nicht beendet... Aber unser Schiff zieht seinen geraden Kurs fest und stolz dahin bis zum Ziel. Ob wir dann noch leben werden, wenn es erreicht wird – leben wir unser Programm; es wird die Welt der erlösten Menschheit beherrschen. Trotz alledem!“²⁸

1. Steigerwald/ Krause S. 300
2. Die Rote Fahne vom 10. November 1918, zitiert nach Drabkin, S. 163
3. Bollinger, Stefan: November ´18, Edition Ost, Berlin 2018, S. 120
4. Vgl. Drabkin S. 164
5. Zitiert nach Drabkin, S. 164
6. Stenographische Notizen von Richard Bernstein, zitiert nach Drabkin, S. 166
7. Leitartikel „Vorwärts“ vom 05.12.18, zitiert nach: Zentralinstitut für Geschichte an der Akademie der Wissenschaften der DDR
8. Auch Stinnes-Legien-Abkommen
9. Zentralinstitut für Geschichte an der Akademie der Wissenschaften der DDR, S. 56
10. Steigerwald/ Krauses. 333
11. Haffner, Sebastian: Geschichte eines Deutschen, S. 42
12. Ebenda, S. 38
13. Steigerwald/ Krause, S. 329
14. Dokumente und Materialien zur Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II, Band 2, zitiert nach: Kosing, Alfred (u.A.): Weltall Erde Mensch, Verlag Neues Leben, Berlin, 1954; In den Dokumenten der KPD wird die bisher als USPD bezeichnete Partei als USP bezeichnet
15. Vgl.: Gerhard Engel: Ein eigenes Haus, Themenseite der jungen welt vom 30.08.18
16. Zitiert nach: Kosing, Alfred (u.A.)
17. Zitiert nach Zentralinstitut für Geschichte an der Akademie der Wissenschaften der DDR, S. 61
18. Bericht über den Gründungsparteitag der KPD, zitiert nach Steigerwald/ Krause S. 333
19. Ebenda, S. 335
20. Ebenda, S. 336
21. Zitiert nach GdV-Team der radikal: Gegen das Vergessen – Sozialrevolutionärer Widerstand und Verweigerung in Deutschland, Unrast-Verlag, Münster, 1999, S. 30
22. Noske, Gustav: Von Kiel bis Kapp, zitiert nach Steigerwald / Krause S. 305
23. Zentralinstitut für Geschichte an der Akademie der Wissenschaften der DDR, S. 67
24. Drabkin S. 558
25. Lenin, W.I.: Ergänzung zum Entwurf eines Aufrufs an die deutschen Arbeiter und keine fremde Arbeit ausbeutenden Bauern, in: Werke, Bd. 29, S. 372 f.; zitiert nach Drabkin S. 559
26. Lenin, W.I.: Die Aufgaben des Proletariats in unserer Revolution, in: Werke, Bd. 24, S. 45 f.; zitiert nach Drabkin S. 554
27. Drabkin S. 557f.
28. Liebknecht, Karl: Ausgewählte Reden, Briefe und Aufsätze, Dietz Verlag, Berlin 1952



5. POLITISCHE BEWERTUNG

5.1 Vergleich mit der russischen Revolution

Nicht nur wegen der zeitlichen Nähe ist ein Vergleich der deutschen Novemberrevolution mit der russischen Revolution naheliegend. In beiden Revolutionen geht es um die existenziellen, objektiven Interessen und die subjektiven Hoffnungen einer vom Krieg gebeutelten und von der herrschenden Klasse zu Kanonenfutter erklärten ArbeiterInnenklasse. In beiden Ländern offenbart sich mit Voranschreiten des Kriegs die Unfähigkeit der Herrschenden, die Bevölkerung längerfristig für ihre imperialistischen Interessen zu mobilisieren. Der bedeutendste Unterschied ist, dass der Oktober 1917 in Russland den Auftakt einer sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft bildete, während der deutsche November lediglich in einem teilweise modernisierten bürgerlichen Staat mündete. Dennoch: Gerade im Vergleich der revolutionären Bewegungen in beiden Ländern, werden grundlegende Fragen nach den notwendigen Voraussetzungen einer sozialen Revolution und der Möglichkeit der Verallgemeinerung von revolutionären Strategien aufgeworfen. Daher hier ein grober Überblick über die Ereignisse im Russland im vierten Jahr des 1. Weltkrieges:

In Russland findet die erste Etappe der Revolution im Februar/ März 1917 statt. Aus einem Generalstreik, angeführt von Frauen, gegen den Krieg und das monarchistische Regime wird ein bewaffneter Aufstand, an dem sich auch zehntausende Soldaten beteiligen. Der Zar und seine Minister sind gezwungen abzudanken. Nach dem Vorbild der großen Räte, auf russisch „Sowjets“, z.B. in Petrograd und Moskau, organisieren sich ArbeiterInnen und Soldaten im ganzen Land in Sowjets, um den Fortgang der Revolution zu koordinieren und die Belange der Gesellschaft zu organisieren. Zugleich formieren sich die bürgerlichen und reformistischen Kräfte in einem eigenen politischen Machtorgan und mit dem Anspruch, das Land unter ihre Kontrolle zu bringen. Sie bilden die Provisorische Regierung. Es folgen die Monate der sogenannten Doppelherrschaft: Sowjets und Regierung üben parallel Macht aus. In den Räten setzen sich zunächst reformistische

Kräfte durch, die der Provisorischen Regierung zuarbeiten. Im Juli scheidet ein bewaffneter Aufstand der kommunistischen Partei (Bolschewiki) mit dem Ziel, die Rätemacht gegen den bürgerlichen Parlamentarismus durchzusetzen. Die Provisorische Regierung antwortet mit Repression, Festnahmen von einflussreichen AktivistInnen und dem Verbot der Bolschewiki. Dennoch schaffen die KommunistInnen es, sich weiter im Untergrund zu organisieren und zugleich erfolgreiche Massenarbeit zu leisten. Im Oktober schließlich entmachten sie, mit großer Unterstützung in den Räten, die bürgerliche Regierung und besetzen alle zentralen gesellschaftlichen Einrichtungen. Es folgt der schwierige Aufbau einer sozialistischen Ordnung unter der Leitung der kommunistischen Partei und der massenhaften Beteiligung von ArbeiterInnen, Bäuerinnen und Bauern, sowie fortschrittlichen Teilen der Intelligenz. Der Kampf um den Sozialismus ist aber noch lange nicht gewonnen: Konterrevolutionärer Krieg im Inneren und von Außen, die Notwendigkeit der Industrialisierung und die Einbindung der Bauernschaft, der Aufbau von Infrastruktur für ein allgemeines Bildungs- und Gesundheitswesen, sowie der Umgang mit der wirtschaftlichen Abhängigkeit und dem internationalen Druck von imperialistischen Mächten, sind die nächsten Herausforderungen.

Das Kaiserreich mit seiner aufgeblähten bürokratischen Verwaltung und militärischen Organisation des Staatsapparates hat bis zum November 1918 Bestand. Keine einflussreichen bürgerlichen Kräfte rütteln an diesen starren politischen Verhältnissen. Als Lenin im November von den Ereignissen in Deutschland erfährt, kommentierte er folgerichtig:

„Im Grunde ist bei den Deutschen allem Anschein nach noch der Februar und nicht der Oktober. Die Richtigkeit dieser Einschätzung wird auch durch die Zusammensetzung der neu gebildeten Regierung bestätigt.“¹

Mit der neu gebildeten Regierung meint er den „Rat der Volksbeauftragten“, in dem die MSPD mit ihren drei Vertretern, darunter Ebert und Scheidemann, von Beginn an auf eine Stabilisierung der bürgerlichen Ordnung hinarbeitet,

während die dort vertretenen drei USPDler mit ihrer Bereitschaft zum Bündnis mit der MSPD sich bereits von der Perspektive eines revolutionären Bruchs verabschiedet haben. Selbst wenn sie es wollten, sind sie darüber hinaus politisch zu schwach, um weitergehende Forderungen aus der ArbeiterInnenschaft gegen die MSPD durchzusetzen.

Die Novemberrevolution in Deutschland ist tatsächlich in vielerlei Hinsicht mit der Februarrevolution in Russland vergleichbar:

Die Menschen haben Krieg und Hunger leid # und gehen auf die Straße. Ihre Forderungen sind: Frieden, Brot und der Sturz der Monarchie.

Kaiser und Zar danken ab, bevor die pro- # letarisch-revolutionären Bewegungen in der Lage sind, eine neue gesellschaftliche Entwicklung anzuführen.

Es sind Soldaten bzw. Matrosen, die die ers- # ten revolutionären Aktionen zur Entmachtung der Herrschenden durchführen. Die Bewaffnung von revolutionären ArbeiterInnen und die Verankerung im Militär bilden in beiden Situationen das Standbein der neuen Gegenmacht.

Die Impulse der revolutionären Aktivitäten # gehen von ArbeiterInnen- & Soldatenräten aus. Hier werden darüber hinaus alltägliche Bedürfnisse der Klasse artikuliert.

Die Bewegungen setzen Hoffnung auf eine # Beendigung des Krieges und auf die greifbar gewordenen Möglichkeit eines besseren Lebens frei. Bürgerliche Kräfte schaffen es, diese Hoffnungen aufzugreifen und die Revolution auszubremsen.

In den Räten gewinnen (in Russland nur bis # in den Herbst 1917) die Kräfte die Oberhand, die die politische Macht nach der erfolgreichen Beendigung des Krieges und dem Sturz der Monarchie wieder zurück in die Hände der bürgerlichen und reformistischen Kräfte geben wollen.

In Russland bildet diese Situation den Ausgangspunkt für eine erfolgreiche proletarische Revolution, in Deutschland hingegen das Ende des revolutionären Aufschwungs. Die Gründe dafür sind vielfältig. Das bürgerliche Lager in

Deutschland organisiert nach dem Zusammenbruch der monarchistischen Ordnung einen schnellen Schulterschluss mit der reaktionären Heeresführung und dem antidemokratischen staatlichen Verwaltungsapparat. Die Sozialdemokratie stellt sich an die Spitze der Restauration und genießt noch großes Vertrauen in der ArbeiterInnenschaft. Sie führt einen offenen Krieg gegen die proletarische Revolution an und wird von vielen dennoch als einzig bewährte Partei der gesamten ArbeiterInnenklasse wahrgenommen. Die RevolutionärInnen haben auch wegen der Schnelligkeit, mit der die bürgerlichen Machtverhältnisse wiederhergestellt werden, kaum die Möglichkeit, sich in den Räten mit einer zielgerichteten Politik zu verankern, die sich wirklich und kompromisslos an den Bedürfnissen der Klasse orientiert. In Russland hingegen bietet die längere Phase der Doppelherrschaft, in der das bürgerliche und das monarchistische Lager längst nicht so geschlossen und handlungsfähig dastehen, den Bolschewiki genau diese Gelegenheit. Für uns ist jedoch vor allem der Blick auf den unterschiedlichen Stand der revolutionären Bewegungen von Bedeutung, wenn wir uns die Frage nach den Gründen der verpassten Chance stellen:

Die endgültige Spaltung der Sozialdemokratie in eine reformistische und eine revolutionäre Partei geschieht in Russland bereits knappe fünf Jahre vor der Revolution und schon seit 1903 arbeiteten die Flügel getrennt. Die russischen KommunistInnen entwickeln in diesen Jahren nicht nur das klare politische Ziel einer proletarischen Revolution unter der Anleitung der konsequentesten Teile der ArbeiterInnenklasse, sondern auch eine erfahrene und mitgliederstarke Organisation, die fähig ist, in der Illegalität zu arbeiten und dabei zugleich eine enge Verbindung zur Klasse zu erhalten. So schaffen sie es, den Angriffen des bürgerlichen Lagers und der rechten Sozialdemokratie (Menschewiki) im Juli 1917 standzuhalten und nicht einmal einen Monat später den erfolgreichen Kampf gegen einen rechten Putschversuch der Monarchisten als konsequenteste Kraft anzuführen. Ihre politische Reife zeigt sich nicht zuletzt darin, dass sie dabei in einer Einheitsfront

mit der Provisorischen Regierung, die sie kurz zuvor noch politisch vernichten wollte, zusammenarbeiten - um ihr nur kurze Zeit später die politische Macht endgültig wieder zu entreißen. In Deutschland hingegen gibt es keine erfahrene politische Kraft, die dem revolutionären Aufstand mit seinen spontan gebildeten Räten und bewaffneten Einheiten Form und Ziel geben könnten. Die Räte widmen sich im kriegsgeplagten Deutschland schnell vor allem der Aufrechterhaltung der Versorgung der Bevölkerung und der überlebenswichtigen Infrastruktur und setzen sich in großen Teilen aus VertreterInnen der SPD und neupolitisierten Soldaten zusammen. Dabei greifen sie auch auf die noch funktionsfähigen staatlichen Verwaltungsstrukturen zurück, anstatt Alternativen aufzubauen, die diese in einem Fortgang der Revolution ersetzen könnten. Nur in wenigen Städten verfolgen die Räte eine klar revolutionär-sozialistische Politik.

5.2 Charakter der Revolution

Am Ergebnis gemessen, ist die Novemberrevolution eine bürgerlich-demokratische Revolution, die aber durch proletarische Kräfte überhaupt erst ermöglicht und mit proletarischen Mitteln geführt wird. Sie wird abgewürgt, bevor dieser Charakter sich durch eine neue Staatsform, den gesellschaftlichen Besitz von Produktionsmitteln und einer nach den Bedürfnissen der Mehrheit geplanten Produktionsweise durchsetzen kann. Zu dieser Einschätzung kommt auch Karl Liebknecht, der schon vor der vollständigen Niederschlagung der revolutionären Kämpfe ermordet wird:

„Zwischen der bisherigen politischen Form und dem bisherigen sozialen Inhalt der deutschen Revolution klafft ein Widerspruch [...]. Ihre politische Form ist die einer proletarischen Aktion, ihr sozialer Inhalt der einer bürgerlichen Reform.“²

Das Frauenwahlrecht und der 8-Stunden-Tag sind die Zugeständnisse, die die herrschende Klasse der ArbeiterInnenschaft während der Revolution macht, um ihre Ausweitung zu verhindern. Diese demokratischen Rechte und Freiheiten verbessern zwar die Lebenssituation der Menschen und die Bedingungen für

die politische Mobilisierung der ArbeiterInnenklasse, sie sind zu dieser Zeit auch noch kein internationaler Standard. Dennoch sind sie in diesem Zusammenhang in erster Linie als Beruhigungspillen für das Proletariat zu verstehen. Auch, dass die sozialdemokratischen Minister in den Monaten in denen die Räte um die Macht rangen, unangetastet weiter im Amt bleiben und so zur Stabilisierung des Staates beitragen können, ist ein Zeichen für die politische Schwäche einer klar revolutionären Linie. Der Kaiser und die Monarchie wurden zwar abgeschafft, das alte System in seinen Grundfesten erschüttert und zum Wanken – jedoch nicht zu Fall – gebracht. Die entscheidende Frage einer Revolution – die Machtfrage – konnte von den deutschen RevolutionärInnen nicht zu ihren Gunsten beantwortet werden.

Es ist allerdings nicht ausreichend, den Charakter des deutschen Novembers alleine nach seinem Ergebnis zu beurteilen, das die stärksten politischen Kräfte hervorzubringen vermögen. Der proletarische Charakter der Revolution zeigt sich nicht nur in den Kampfformen: Es finden politische Massenstreiks statt, Teile der ArbeiterInnenklasse bewaffnen sich, um sich gegen das staatliche Gewaltmonopol zur Wehr setzen zu können, in einem von ArbeiterInnen und Soldaten angeführten Massenaufstand wird die staatliche Macht zurückgedrängt - wenn in diesem Fall auch nur in einigen Städten und für kurze Zeit. Auch die neu entstandene Organisationsform der Räte ist ein Ausdruck für entstehendes Klassenbewusstsein und zumindest für einen Teil der ArbeiterInnen der erste Schritt heraus aus bürgerlicher Fremdbestimmung. Hinzu kommt, dass in den Massen durchaus klare Forderungen erhoben werden, die über die bürgerliche Ordnung hinausreichen und Ansätze einer sozialistischen Gesellschaft bilden: Der Rat der Volksbeauftragten wird von der Generalversammlung der Berliner ArbeiterInnen- und Soldatenräte zwar schnell als neue Regierung bestätigt. Allerdings gibt sie ihm ebenso den Auftrag, die Sozialisierung aller dafür reifen Betriebe schnellstmöglich durchzusetzen - eine Forderung, die in diesem sozialdemokratisch dominierten Gremium niemals auch nur annähernd umgesetzt wird.

Auch der Reichsrätekongress im Dezember fällt nicht nur die folgenschwere Entscheidung zur schnellst möglichen Wahl einer Nationalversammlung, die die Räte - und damit auch den Rätekongress selbst - völlig entmachten soll. Er beschließt zudem noch einmal, und dieses Mal auf Reichsebene mit einer breiten Mehrheit, die Sozialisierung von Betrieben und die Demokratisierung des Militärs, also auch die Abschaffung des kaiserlichen Militärapparates. Hier wird der Widerspruch zwischen dem proletarischen Potenzial und der bürgerlichen Vereinnahmung der Revolution deutlich.

5. 3 Der Anspruch der Revolution und das Bewusstsein der Massen

Wir betrachten und bewerten die Novemberrevolution vom Standpunkt der Notwendigkeit und Möglichkeit einer sozialistischen Revolution. Diese Sichtweise entspricht im Vorfeld und während einer Revolution aber keineswegs dem Bewusstsein und dem Blickwinkel der Mehrheit der revolutionären Massen. Die politischen Positionen und Strategien innerhalb der Bewegung sind oft uneinheitlich und schwankend. Es gab z. B. keine gemeinsame, übergeordnete Zielsetzung, die über den Sturz des Kaisers und das Ende des Krieges hinausreichte und die nächsten Schritte für die Veränderung der Gesellschaft greifbar in Aussicht stellte. Auf der einen Seite standen einige organisierte Kräfte (der Spartakusbund und andere RevolutionärInnen in der USPD, Teile der revolutionären Obleute), die mit einem gewissen Maß an Plan und Organisation an die Kämpfe herangingen, aber in den Massen nur zeitweise tonangebend waren. Bedeutungslos waren sie deshalb aber noch lange nicht: Tausende ArbeiterInnen organisierten sich und waren bewaffnet, die Erhebungen fanden nicht zufällig im gleichen kurzen Zeitraum im gesamten Reichsgebiet statt. Auf der anderen Seite gab es Hunderttausende, die einfach von Hunger, Krieg und Kaiser die Schnauze voll hatten und mit dem Ende dieser Zumutungen auch erst einmal ganz zufrieden waren. Sie ließen sich von ReformistInnen in die Passivität treiben und übergaben die Macht schnell wieder an altgedientes politisches Personal. Aktuelle Forderungen, für die sich große Teile der Ar-

beiterInnenklasse begeistern lassen, dürfen nicht mit einem langfristigen revolutionären Bewusstsein und entsprechendem Handeln verwechselt werden.

Die Novemberrevolution hatte eher den Charakter einer spontanen Erhebung, nicht den eines abgestimmten, gezielten Griffs nach der Macht. Einerseits hätte es dafür in größeren Teilen der ArbeiterInnenklasse bereits ein grundlegendes Verständnis für die kapitalistischen Verhältnisse, die hinter Krieg und Elend stehen gebraucht und auch für die eigenen Aufgaben in einer sozialistischen Umwälzung. Andererseits ist dieses Maß an Bewusstsein undenkbar ohne eine orientierungsgebende politische Kraft, die revolutionäre Bestrebungen auffängt, einigt und eine flächendeckende Agitation/ Aufklärung über die herrschenden Zustände und die nächsten Aufgaben gewährleistet.

„Die Lehre der großen sozialistischen Oktoberrevolution, dass die Arbeiterklasse ohne eine revolutionäre Partei nicht siegen kann, lernten die deutschen Revolutionäre erst im Feuer der Novemberrevolution begreifen.“³

Der Spartakusbund, der sich – allerdings erst in der Schlussphase der Revolution – von der USPD löste und zusammen mit den Bremer Linksradiكالen die KPD gründete, hatte zu diesem Zeitpunkt weder die strukturellen und organisatorischen Mittel wie z.B. einen ausgeprägten Parteiapparat oder eigenständig agierende Massenorganisationen, noch den politischen Stand in der Klasse, diesen Aufgaben innerhalb so kurzer Zeit gerecht zu werden.

5. 4 Zur Frage der Organisation

Für uns zentrale Errungenschaft der Novemberrevolution ist zweifellos die Gründung der KPD. Allerdings ist das Schicksal der Revolution in den Gründungstagen der Partei zur Jahreswende 1918/19 schon nahezu besiegelt gewesen. Die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht nahm der jungen Partei nur wenige Wochen nach ihrer Gründung zwei ihrer wichtigsten DenkerInnen, StrategInnen und FührerInnen. Die KPD war darüber hinaus politisch weit entfernt davon, auch nur



annähernd so mitgliederstark, geeint und zielbewusst zu sein, wie etwa die russischen Bolschewiki 1917. Unklare Vorstellungen von der Revolution und von einer sozialistischen Gesellschaft, sowie die Tendenz zur Selbstisolation kennzeichneten die Gründungsphase der KPD. Radikale Perspektiven und der Wille zum konsequenten Kampf charakterisierten die Partei von ihren Anfangstagen an, von einer verständlichen und zielgerichteten revolutionären Praxis in den Massen war sie allerdings noch weit entfernt. Es ist vermessen, sich aus heutiger Perspektive besserwisserisch über politische Fehleinschätzungen und eine unzureichende revolutionäre Strategie der jungen KPD herzumachen - sind wir doch selbst

von Kämpfen, wie sie damals geführt wurden, und Herausforderungen, die in kürzester Zeit gemeistert werden mussten, noch meilenweit entfernt. Vom organisatorischen Stand ganz zu schweigen. Anstatt also die Suche der Partei nach dem richtigen Weg zur Revolution auseinanderzunehmen, geht es uns hier darum, hervorzuheben welche generelle Bedeutung revolutionäre Organisationen haben - gerade in den Zeiten vor der Krise des politischen Systems, vor Massenaufständen und vor der Möglichkeit der Machtfrage.

Die Ablehnung des brutalen Krieges und der kaiserlichen Herrschaft ergaben sich zum Ende des 1. Weltkrieges in der ArbeiterInnenklasse

aus den kollektiven Erfahrungen der Klasse, die sich aus einer Vielzahl von ähnlichen Einzelschicksalen zusammensetzten. Die Gründung von Räten, die zum größten Teil erst einmal sehr pragmatisch dazu dienen sollen, den eigenen existenziellen Interessen mit demokratisch gewählten Vertretungen Gehör zu verschaffen, war ihre erste spontane Abwehrreaktion.

Das instinktive Klassenbewusstsein, das dadurch deutlich wird, ist aber weder zwangsläufig mit klaren Vorstellungen einer sozialistischen Gesellschaft verbunden, noch ausreichend, um noch weitere Teile der Bevölkerung wie das städtische Kleinbürgertum und die Bauernschaft in den Kampf gegen die Interessen der Kapitalistenklasse einzubinden. Um revolutionäre Ziele verständlich zu machen und mit den unmittelbaren Kämpfen der Menschen zu verbinden, ist eine Organisation unerlässlich. Eine Organisation, die nicht nur Strategien und Perspektiven schult und dafür agitiert, sondern durch ihre Präsenz in den Kämpfen auch in der Lage ist, das Bewusstsein der Kämpfenden zu verstehen und die nächsten Schritte in ihrer Radikalisierung und Festigung anzuleiten. Auf die Novemberrevolution bezogen, hieße das: Die Stärkung der strukturellen Verankerung in den Betrieben und unter den Soldaten und die systematische revolutionäre Überzeugungsarbeit in den Räten. Nicht zuletzt ist dieser enge Bezug zur Klasse auch als Korrektiv notwendig, um eigene politische Positionen an der gesellschaftlichen Realität zu überprüfen. Auch die Verbreiterung der Revolution in anderen ausgebeuteten oder in Abhängigkeit gehaltenen Klassen, kann nur dann Erfolg haben, wenn eine starke Organisation besteht, die in der Lage ist, flächendeckend Menschen zu erreichen und zu aktivieren. Vorbehalte, Angst, Skepsis in Anbetracht der radikalen Veränderungen im Zuge einer Revolution sind in der ArbeiterInnenklasse, aber vor allem auch außerhalb, Hemmnisse, die ernst genommen und schrittweise überwunden werden müssen. Um diese abzubauen und ein breites Vertrauen in den Weg der revolutionären Veränderung zu schaffen, muss eine Organisation vorhanden sein, die nachvollziehbare Politik macht und für die Menschen greifbar ist. Es geht bei der Ein-

beziehung von nicht-proletarischen Teilen der Gesellschaft in einen revolutionären Aufbauprozess, nicht um einfaches Mitmachen - es geht darum, den proletarischen Interessen und Kämpfen langfristig eine orientierungsgebende Rolle einzuräumen und zugleich z.B. bei Teilen des städtischen Kleinbürgertums gemeinsame Interessen hervorzuheben. Auch dieses Ziel wird ohne festen organisatorischen Rahmen alleine schon deshalb nahezu unerreichbar, weil proletarische Interessen eben nur dann von anderen Klassen als wegweisend angesehen werden, wenn sie als geeinte und verbindliche Gegenmacht wahrnehmbar sind. Wer dieses System ablehnt, weil es nicht nur moralisch verurteilenswert ist, sondern auch keine soziale Sicherheit garantieren kann, der braucht Alternativen, die für kollektive Stärke und Weitsicht stehen. Da reichen aufopferungsvolle Kämpfe und spontane Organisationsansätze an deren Basis eben nicht aus - was deren Bedeutung für langfristige revolutionäre Arbeit aber nicht schmälert.

Die Beschäftigung mit den Aufständen der Novembertage und in den Monaten danach führt schnell zur Frage der dahinterstehenden Organisationen. Zwar gibt es z.B. einen Grundplan der Revolutionären Obleute, nach dem die Massendemonstrationen am 9. November durch Berlin ziehen, zuerst die Soldaten aus den Kasernen mobilisieren und dann zentrale Gebäude besetzen. Viele Aktionen und gerade die bewaffnete Verteidigung fanden aber spontan statt und eine koordinierende Leitung war nicht vorhanden. Der erfolgreiche Ablauf der Aktionen war nicht nur der Masse der Menschen zu verdanken, sondern auch dem verhältnismäßig geringen Widerstand der Monarchisten und Polizisten. Auf längere Auseinandersetzungen waren die Aufständischen nicht vorbereitet. Auch die erfolgreichen Weihnachtskämpfe, und der Ausbruch des Berliner Januaraufstands mit der Besetzung des Zeitungsviertels gingen auf spontane Impulse zurück und nicht auf eine Strategie zur Verteidigung oder Ausweitung der Revolution. So blieben einzelne militärische Vorstöße der Revolution - ob sie nun als Erfolg oder Niederlage endeten - relativ isoliert und konnten durch anschließende Repression und

reformistische Versprechungen leicht wieder entschärft werden. Eine revolutionäre Organisation kann nicht nur politischer Leuchtturm sein, sondern muss gerade in den konkreten Kämpfen und Aktionen Verantwortung auf allen Ebenen übernehmen und sie mit Weitsicht in einen revolutionären Prozess einordnen.

5.5 Fazit

Die Novemberrevolution war der stärkste Ausdruck der revolutionären ArbeiterInnenbewegung, den es in Deutschland je gab. Auch wenn sie keine neue Gesellschaft erkämpfen konnte, beweist sie uns auch heute noch, dass es möglich ist, die politische Ordnung der kapitalistischen Staaten ins Wanken zu bringen. Sicher: Sie hätte weitergehen und in die nächste Etappe einer sozialistischen Revolution hinüberwachsen müssen. Es hätte mehr Zeit und eine erfahrene, in größeren Teilen der Klasse verankerte, Organisation gebraucht, statt dem Zusammenschluss von bürgerlichen, sozialdemokratischen und reaktionären Kräften hätten sich die Widersprüche zwischen den Lagern vertiefen müssen. Die Revolution scheiterte. Wir kramen die alten Geschichten heute dennoch hervor, weil sie Lehrstoff für uns sind und weil sie spürbar und begreifbar machen, dass die Welt verändert werden kann, dass die Lebenssituation des Großteils der Bevölkerung keineswegs ein Schicksal ist, dem es sich zu ergeben gilt.

Klassenkampf und der Aufbau von revolutionärer Gegenmacht nehmen heute natürlich andere Formen an, als zu Beginn des letzten Jahrhunderts. Nicht nur der globale Ausbeutungsapparat ist komplexer geworden, auch die Klasse der Lohnabhängigen steht zersplitterter und vereinzelter da und hat keinen mehrheitlichen Bezug zu den historischen Möglichkeiten, die in ihrer gesellschaftlichen Rolle schlummern - geschweige denn zu den Kämpfen, die vor 100 Jahren im Sinne ihrer, unserer Klasse stattfanden. Die Lehren aus der Vergangenheit sind kein Schulbuch, das wir aufschlagen können, um die heutigen Herausforderungen einfach zu meistern. Sie geben uns aber Hinweise, die für eine langfristige revolutionäre Arbeit von großer Bedeutung sind. Die Novemberrevolution

hinterlässt neben der Narbe des Verrates der Sozialdemokratie an der ArbeiterInnenklasse und der wichtigen aber kurzweiligen Erfahrung massenhafter proletarischer Selbstorganisation vor allem die Erinnerung an die Bedeutung einer verbindlichen revolutionären Organisation. Die Benennung der objektiven, existenziellen Interessen und gesellschaftlichen Perspektiven von Lohnabhängigen, die Entwicklung von Strategien dorthin und die Umsetzung des Kampfes in der Praxis sind unersetzliche Aufgaben in der Vorbereitung von Revolutionen, die sich weder einfach aus den Kämpfen heraus ergeben, noch einer Bewegung von oben einfach aufgedrückt werden könnten. Sie müssen in einer Organisation angegangen werden, die sich mit den Kämpfen entwickelt und „es sich bewusst zur Aufgabe macht, dem Proletariat zu helfen, seiner Rolle als Erzieher, Organisator und Führer gerecht zu werden, der Rolle, ohne welche der Zerfall des Kapitalismus unmöglich ist.“⁴

1. Amtliches Organ der Sowjetregierung vom 12. November 1918, zitiert nach Drabkin, S. 552 f

2. Karl Liebknecht, Das was ist, in: ausgewählte Reden, Briefe und Aufsätze, Berlin 1952, S. 472

3. Kosing, Alfred (u.A.), S. 332

4. Lenin, W.I: Band 25, S. 416/ 417; zitiert nach Steigerwald / Krause S. 307

Abbildungen

- Seite 1: Arbeiter und Soldaten in Berlin am 1. November 1918
- Seite 2 und Seite 51: Bewaffnete Arbeiter und Soldaten am 9. November 1918 in Berlin
- Seite 8: Kundgebung Berliner ArbeiterInnen am 16. Dezember 1918
- Seite 14: Erste Ausgabe „Die rote Fahne“ (Stuttgart), 6. November 1918
- Seite 22: Kundgebung in Magdeburg am 8. November 1918
- Seite 27: Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg (Collage)
- Seite 30: Protestkundgebung in Hamburg am 19. Januar 1919
- Seite 42: Letztes Geleit für Karl Liebknecht und 31 Genossen, 25. Januar 1919
- Seite 47: Gruppe bewaffneter Arbeiter und Soldaten in Kiel
- Seite 52: Karl Liebknecht spricht auf einer Kundgebung





perspektive
KOMMUNISMUS